Einzelpreis 30 Pfg. • 4. Jahrgang

Freitag, 8. April 1921

Nummer 160 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 18,— M., für das übrige Ausland 24,60 M. zuzüglich Porto-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 36,— Mark.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 30.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Putschdebatte im sächsischen Landtag

Ablehnung der Amnestie

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Dresden, 7 April.

Der sächsische Landtag nahm in seiner heutigen außerordentlich langen Sitzung zu den kommunistischen Putschen Stellung. Eine Regierungserklärung verurteilt die Putsche und das Verhalten der Kommunisten. Die Dynamitanschläge im Vogtland und auf die Landgerichtsgebäude in Dresden, Freiberg und Leipzig seien nach Aussagen Inhaftierter nach einheitlichem Plan ausgeführt. Von der Errichtung der Ausnahmegerichte habe die Regierung vom Reich Mitteilungen erhalten, sie habe jedoch ihrer Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß solche Gerichte keinesfalls für sämtliche sächsische Landgerichts-Bezirke für notwendig erachtet werden könnten und erwartet, daß diese Gerichte streng sachlich ihre Aufgabe erledigen. Die Erklärung schließt folgendermaßen:

„Die Regierung verkennt nicht, daß die wirtschaftliche Not, das steigende Elend und Beunruhigungen durch reaktionäre Bestrebungen und Handlungen eine Stimmung in der Bevölkerung erzeugt haben, die für solche Gewaltakte einen fruchtbaren Boden schafft. Sie ist aber weiter davon überzeugt, daß durch wahnwitzige Gewaltakte und Terror Not und Elend nicht beseitigt, sondern verschlimmert, zuletzt aber reaktionären Bestrebungen Vorschub geleistet wird. Wer die junge demokratische Freiheit festigen und dadurch den Weg zur sozialistischen Gesellschaft bahnen will, muß das Mittel der Notwehr gegen Gewalt zur Abwehr von sinnlosen Zerstörungen und zum Schutze der Freiheit und Sicherheit der Person anwenden."

Der Passus über die reaktionären Bestrebungen war natürlich den Bürgerlichen ein Dorn im Auge und sie gaben dem in der Debatte auch lebhaften Ausdruck. Der kommunistische Redner verteidigte die Gewalttaten in Mitteldeutschland und sagte, daß diese durch die Unternehmer provoziert worden seien. Er schimpfte auch über die Unabhängigen und besonders über die Stellungnahme der „Freiheit" zu den Attentaten.

Der Redner unserer Fraktion betonte, daß die politische und wirtschaftliche Reaktion der Aktion der Kommunisten den Boden vorbereitet habe. Unsere Partei habe sich allerdings für die Diktatur des Proletariats ausgesprochen; diese könne jedoch nur dann einsetzen, wenn die große Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung bereit ist, sich für diese Forderung einzusetzen. Die Diktatur solle aber nur ein vorübergehender Zustand sein bis zur Sicherung einer sozialen Gesellschaftsordnung. Deshalb arbeiten wir auf eine geschlossene Kampffront des Proletariats hin und müßten jede Koalition mit den Bürgerlichen ablehnen, ebenso aber auch die Taktik der Kommunisten, weil sie für die Arbeiterschaft verderbenbringend sei.

Ein Antrag der Unabhängigen Fraktion ersucht die Regierung, bei der Reichsregierung auf Aufhebung der Verordnung über die Ausnahmegerichte hinzuwirken. — Dazu erklärte der Justizminister Dr. Harnisch, daß für Sachsen bald die Möglichkeit gegeben sein wird, die Ausnahmegerichte möglichst einzudämmen. Sie sollen nur für ganz schwerwiegende Fälle in Anwendung kommen. Die Bürgerlichen beantragten, der Landtag solle die kommunistischen Maßnahmen auf das schärfste verurteilen, ferner die Regierung ersuchen, den Vorbereitungen zu weiteren Gewalttaten aufs schärfste entgegenzutreten und die zu neuen Gewalttaten auffordernden Presseerzeugnisse mit aller Gewalt zu unterdrücken.

Es sollte weiter noch über den von der sächsischen Regierung vorgelegten Amnestiegesetzentwurf, über den wir seinerzeit berichteten, beraten werden. Die Linksparteien beantragten unveränderte Annahme des Entwurfs, die Rechtsparteien Ablehnung. In der Abstimmung stellten unsere Genossen einen Antrag auf Vertagung der Weiterberatung. Dem wurde jedoch nicht stattgegeben, und die Vertreter der Linksparteien versuchten deshalb, die Beschlußunfähigkeit des Hauses herzustellen, indem sie den Saal verließen. Durch das Verbleiben von drei rechtssozialistischen Abgeordneten war aber die Beschlußfähigkeit des Hauses hergestellt. Da die linke Seite nicht mehr vollzählig vertreten war, wurde das Amnestiegesetz mit den Stimmen der Bürgerlichen abgelehnt. Ferner wurde ein Antrag der Unabhängigen auf Aufhebung der Ausnahmegerichte abgelehnt und die Anträge der Bürgerlichen angenommen.

Deutsche Note über Oberschlesien

Die Deutsche Regierung hat den Regierungen der Entente und der Interalliierten Kommission in Oppeln eine Note übermittelt, die sich mit der vollzogenen Abstimmung in Oberschlesien und mit der zu treffenden Entscheidung beschäftigt. Die Note gibt zuerst einen Ueberblick über das Ergebnis der Abstimmung, wobei sich die deutsche Regierung zu der Bemerkung versteigt, daß die deutschen Stimmen überwiegen in den Sammelpunkten der Intelligenz, in den Landstrichen mit fortgeschrittener landwirtschaftlicher Kultur sowie in den Ortschaften der hochentwickelten Industriegebiete, während die 597 Gemeinden mit polnischer Mehrheit nur geringere Einwohnerzahlen aufweisen und wirtschaftlich von untergeordneter Bedeutung seien.

Der weitaus größte Teil der Note ist den Anklagen gewidmet, die die deutsche Regierung über die Wahlbeeinflussung durch den polnischen Terror erhebt. Die Note wirft der polnischen Propaganda betrügerischen Charakter vor. Solche Anschuldigungen in einer amtlichen Note pflegen meist völlig den Zweck zu verfehlen, dem sie dienen sollen, zumal die deutsche Propaganda auch ihr Möglichstes geleistet hat.

Die Note erörtert dann ausführlich die wirtschaftlichen und geographischen Gesichtspunkte, die nach dem Friedensvertrage für die endgültige Entscheidung über Oberschlesien Berücksichtigung zu finden haben. Oberschlesien könne auf das deutsche Absatzgebiet nicht verzichten, die oberschlesische Industrie sei untrennbar mit dem deutschen Wirtschaftsgebiet verbunden. Oberschlesien dürfe nicht geteilt werden. Die Berücksichtigung des Wunsches der Minderheit dürfe nicht dazu führen, daß zum Schaden des Ganzen sowie zum Schaden etwa abgetrennter Teile die Gemeinschaft zerrissen werde. Das wolle auch das oberschlesische Volk nicht. Durch die seitens des Deutschen Reiches gewährte bundesstaatliche Autonomie werde Oberschlesien in der Lage sein, die Verfassung und Verwaltung seines Landes so einzurichten, wie es der besonderen Eigenart seiner Bewohner entspreche. Hierbei würden auch die Wünsche derer ihre Befriedigung finden, die bei der jetzigen Volksbefragung in der Minderheit geblieben seien.

Die Note schließt:

Die Deutsche Regierung beehrt sich daher — unter Ueberreichung einer Denkschrift über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oberschlesien und Deutschland sowie eines Gutachtens über die wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens — den Antrag zu stellen, das gesamte oberschlesische Abstimmungsgebiet ungeteilt dem Deutschen Reiche zuzusprechen. Die Deutsche Regierung stellt diesen Antrag in der festen Ueberzeugung, daß Oberschlesien ebensowenig ohne Deutschland leben kann, wie Deutschland ohne Oberschlesien nicht in der Lage sein würde, sich wirtschaftlich zu erhalten und seine Leistungsfähigkeit wiederzugewinnen. Jede andere Lösung würde auch dem Friedensvertrage zuwiderlaufen, der im Gegensatz zu den Vorschriften über die Abstimmung in Schleswig eine Teilungsmöglichkeit nicht vorsieht.

Die Zuteilung des gesamten oberschlesischen Gebiets an Deutschland wird eine starke polnische Minderheit in diesem Teile des Reiches belassen. Die Deutsche Regierung ist bereit, der Polnischen Regierung alle Garantien zu bieten, die zum Schutz der Minderheit für erforderlich erachtet werden. Sie glaubt bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen zu sollen, daß bei der Schaffung des polnischen Staates eine weit größere Minderheit von über 900 000 Deutschen von Deutschland losgerissen wurde.

Die Deutsche Regierung würde sich ferner verpflichten, Polen unter vorzugsweisen Bedingungen die für seine Wirtschaft erforderliche Kohle und sonstige Erzeugnisse aus Oberschlesien zu liefern, solange das überaus reiche polnische Kohlengebiet noch nicht erschlossen ist. Ausweislich der in der Anlage überreichten Karte, die auf Gutachten polnischer und österreichischer Geologen beruht, ist dieses polnische Kohlengebiet um mehr als die Hälfte größer als der Anteil, den Oberschlesien am Steinkohlenbecken besitzt, und enthält alle für die Industrie erforderlichen Kohlensorten. Die Deutsche Regierung würde auch bereit sein, weitgehende Hilfe bei der Erschließung dieser im polnischen Gebiet liegenden Bodenschätze zu leisten.

Verschärfung des englischen Streiks

EW. London, 7. April.

Die Erwartungen, daß mit Hilfe der Regierungsvermittlung eine Verständigungsmöglichkeit zwischen Arbeitgebern und Bergarbeitern geschaffen werden könnte, haben sich nicht verwirklicht. Im Gegenteil, die Krise hat sich wesentlich verschärft. Die Verhandlungen zwischen den Regierungsvertretern und den Bergarbeiterführern sind abgebrochen worden, da letztere sich weigerten, die Voraussetzung für die Verhandlungen mit den Unternehmern zu erfüllen. Diese bestand darin, daß die Arbeiter an den Pumpen und die Heizer während der Unterhandlungen arbeiten sollten. Die Bergarbeiterführer wollten die Arbeiter jedoch nicht dazu auffordern.

Auf dem Kohlenmarkt macht sich das Fehlen der Förderungen schon sehr bemerkbar. Auch die verschiedenen von der Förderung abhängigen Industrie- und Handelszweige sind zu Einschränkungen gezwungen. So erhalten die Fischerfahrzeuge jetzt nur die Hälfte ihrer bisherigen Kohlenration und können nur kleinere Fahrten unternehmen. Der Fischfang wird sich infolgedessen auch verringern. Ferner dürfen die englischen Fischerfahrzeuge nicht mehr in ausländischen Häfen löschen.

Rechtssozialistisches Intrigenspiel

Seit einigen Tagen jammert der „Vorwärts" über „Indiskretionen" der bürgerlichen Presse, die allerlei über die Bereitwilligkeit der Rechtssozialisten, trotz allem eine Verbindung mit der Stinnespartei einzugehen, zu erzählen wußte. Der Außenstehende konnte diese Klagen zwar nicht recht verstehen, da der „Vorwärts" immer wieder versicherte, daß die Rechtssozialisten an eine Koalition mit der Volkspartei keinen Moment lang dächten, und die Landtagsfraktion einstimmig ein Zusammengehen mit der Stinnesgruppe abgelehnt hatte. Auffallend war allerdings, daß der „Vorwärts" nicht klipp und klar die bürgerlichen Meldungen als völlig falsch bezeichnete. Immerhin konnte man die Zurückhaltung des „Vorwärts" damit erklären, daß Herr Ebert, wie allgemein bekannt, sich sehr eifrig nicht nur um die Aufnahme der Stinnespartei in die preußische Regierung, sondern auch um den Eintritt der Sozialdemokratie in die stinnesierte Reichsregierung bemühte. Nach den Beteuerungen des „Vorwärts" hätte man aber annehmen müssen, daß diese Bemühungen auf den entschiedenen Widerstand der Partei und namentlich der preußischen Landtagsfraktion gestoßen wären, um so mehr, da ja auch der Kasseler Parteitag eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei abgelehnt hatte.

In Wirklichkeit aber liegen die Dinge, wie man nunmehr erfährt, wesentlich anders. Während die preußische Landtagsfraktion, wie gesagt, den Beschluß gefaßt hatte, mit der Stinnespartei nicht zusammenzugehen, haben sich ihre Führer in der Unterredung mit Ebert breitschlagen lassen. Der Fraktionsvorsitzende der Rechtssozialisten, Siering, hat an die Fraktion des Zentrums und der Demokraten ein Schreiben gerichtet, das vom Zentrum an die Deutsche Volkspartei weitergeleitet wurde und im wesentlichen folgenden Wortlaut hat:

„Die Sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtags ist zurzeit nicht beisammen. Vorbehaltlich ihrer Stellungnahme und ganz unverbindlich, lediglich in meinem Namen und deren der Kollegen Limbertz und Heilmann, möchte ich Ihnen nach Rücksprache mit den in Berlin anwesenden Vertretern des Fraktionsvorstandes zur Regierungsbildung in Preußen folgendes mitteilen:

Sie wissen, daß die Sozialdemokratische Fraktion in Preußen einstimmig beschlossen hat, mit der Deutschen Volkspartei zusammen nicht in die Regierung zu gehen, sondern an der alten Koalition festzuhalten. Die Vertreter des Zentrums und der Demokraten haben sich indessen auf den Standpunkt gestellt, daß eine Erweiterung der Koalition nach rechts geboten sei. Infolgedessen ist seit über vier Wochen die Frage der Regierungsbildung auf dem toten Punkt. Deshalb haben wir nach einer Unterredung mit dem Reichspräsidenten uns bereit erklärt, zu prüfen, ob überhaupt eine gemeinsame Regierungsbasis mit der Deutschen Volkspartei zu finden wäre. Sie werden begreifen, daß wir für den Fall des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die Regierung die von uns vertretenen Interessen und Standpunkte in weitestgehendem Maße zu sichern bemüht sein müßten. Das Mindeste, was wir im Falle des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die Regierung von den Koalitionsparteien fordern müßten, wäre das folgende:

1. Alle Koalitionsparteien stellen sich in ihrer parlamentarischen und agitatorischen Tätigkeit klar und unzweideutig auf den Boden der demokratischen, republikanischen Verfassung des Reiches und Preußens.

2. Die Demokratisierung der preußischen Verwaltungsgesetze und des preußischen Verwaltungskörpers wird in republikanischem Geiste in der bisherigen Weise fortgeführt.

3. In den letzten Monaten ist es der Arbeit des Finanzministeriums gelungen, entgegen früheren Auffassungen die Unrechtmäßigkeit umfangreicher Ansprüche des ehemals regierenden Hauses Hohenzollern nachzuweisen. Diese Arbeit muß in gleichem Geiste fortgesetzt werden.

4. Beim Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung müssen unter den Ministerien, die mit sozialdemokratischen Ministern besetzt werden, unbedingt sein: das Ministerpräsidium, das Ministerium des Innern, das Ministerium für Landwirtschaft.

Wir bemerken noch einmal, daß es sich um eine rein informatorische Erkundigung handelt. Der Beschluß der Fraktion, in keine Regierung mit der Deutschen Volkspartei zu gehen, besteht unverändert fort. Immerhin könnte eine Erklärung der Deutschen Volkspartei zu den vier formulierten Bedingungen unserer Meinung nach für eine eventuelle Stellungnahme unserer Fraktion von Wert sein. Wir wären Ihnen deshalb dankbar, wenn Sie eine Entscheidung der Deutschen Volkspartei über diese Fragen herbeiführen wollen."

Während also die Rechtssozialisten öffentlich Steifnackigkeit und sozialistische Entschlossenheit posieren, knüpfen sie im geheimen Verhandlungen an. Man erklärt sich bereit, auf das Unterrichts- und das Finanzministerium zu verzichten und mit der Stinnespartei die Regierung zu bilden, wenn diese einige Erklärungen abgibt. Ueber deren Wert urteilen wir folgendermaßen:

Selbstverständlich bleibt die Sicherung der Republik über die technischen Erwägungen des Tages und der Partei hinaus oberste Aufgabe der Regierungsbildung. Aber sichert man die Republik mit der Deutschen Volkspartei, die bestenfalls im Parlament ein Lippenbekenntnis zur demokratischen Staatsform ablegt, aber in der Agitation draußen im Lande sie mit allen Kräften herabsetzt?

Dieses Urteil über die Lächerlichkeit eines Lippenbekenntnisses rührt nicht etwa von uns her, sondern von dem

selben Herrn Heilmann, der das Schreiben an die Deutsche Volkspartei mitunterzeichnete. Vorne ballt der Mann die Faust gegen die Stinnesleute, rückwärts reicht er ihnen gleichzeitig die Bruderhand. Aber in diesem Fall weiß die Rechte sehr wohl, was die Linke tut . . .

Die rechtssozialistische Anbiederung hat freilich nichts genutzt. Die Deutsche Volkspartei, die sich erst jetzt wieder mit den Deutschnationalen in der wüstesten Scharfmacherhetze gegen die Arbeiterklasse gefunden hat, kann nicht plötzlich zurück. Sie hat die Bedingungen abgelehnt und verweist stolz auf ihr — Programm, auf dieses unverhüllt reaktionäre, arbeiterfeindliche und monarchistische Programm, das sich von dem der Deutschnationalen in Wirklichkeit ja gar nicht unterscheidet.

So haben die Rechtssozialisten nur Hohn und Spott geerntet, und man kann neugierig sein, was die rechtssozialistische Landtagsfraktion, deren Beschluß von ihrem Fraktionsvorstand so völlig verleugnet worden ist, und namentlich, was die rechtssozialistischen Arbeiter zu der Mißachtung ihres Parteitagsbeschlusses sagen werden. Fest steht jedenfalls und kann nicht mehr abgeleugnet werden, daß die rechtssozialistische Führung bereit war, mit der offen antirepublikanischen und rein kapitalistischen Stinnespartei unter Umständen sich zu koalieren. Vor den Arbeitern wirft man sich stolz in die Brust, während man gleichzeitig mit den schlimmsten Feinden der Arbeiterklasse verhandelt.

Durch die Ablehnung der Deutschen Volkspartei, durch die Weigerung der Demokraten und des Zentrums, mit den Rechtssozialisten allein die Regierung zu bilden, ist die Regierungsbildung vorläufig auf den toten Punkt gelangt. Man spricht von dem Provisorium einer Beamtenregierung. Der „Vorwärts" jammert über die schlechte Behandlung durch die bürgerlichen Parteien; sie sagten jetzt den Rechtssozialisten: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Aber haben die Rechtssozialisten eine andere Behandlung verdient? Haben sie nicht durch immer neue Konzessionen an die Bourgeoisie den bürgerlichen Parteien erst den Mut zu dieser Brüskierung gegeben, und ist nicht diese Behandlung das notwendige Ergebnis der Koalitionspolitik und der Preisgabe der sozialistischen Grundsätze?

Stinnesierte Rechtssozialisten

In Verbindung mit den Intrigen, die auf rechtssozialistischer Seite anläßlich der Regierungsbildung in Preußen betrieben werden, verdienen Vorgänge Beachtung, die sich schon seit einiger Zeit in andern Teilen des Reiches in der rechtssozialistischen Partei abspielen und die den Beweis erbringen, daß ein sehr einflußreicher Kreis von Führern in der S. P. D. auf ein Zusammengehen mit der Stinnespartei hinarbeitet. Die auf dem linken Flügel der Partei stehende „Chemnitzer Volksstimme" hat in ihrer Dienstag-Ausgabe ein sehr anschauliches Bild von diesem Treiben geliefert, das um so mehr Beachtung verdient, als die optimistische Auffassung des Blattes, die politische Haltung der S. P. D. anläßlich der Regierungsbildung in Preußen sei von „erfreulicher Klarheit" gewesen, durch die jetzt bekanntgewordenen Einzelheiten sich als unrichtig erwiesen hat.

Die „Chemnitzer Volksstimme" weist darauf hin, daß in Sachsen wieder einmal Kräfte am Werke sind, die eine neue Koalition mit der Deutschen Volkspartei anstreben. Diese Kräfte, so stellt das Blatt fest, „erhalten Unterstützung und kommen sogar zum Teil selbst aus dem Lager unserer eigenen Partei!"

„Der kommunistische Anstoß" — heißt es in dem Artikel weiter — „ist für einige „führende" Genossen auf dem rechten Flügel, der ja in Dresden und Leipzig in den parteiamtlichen Stellen, nicht in der Masse, besonders stark vertreten ist, so schwungvoll gewesen, daß sie scheinbar ohne Aufenthalt geradeswegs in die Arme der Volksparteiler laufen möchten. Man möchte sich wenigstens die „stillschweigende Neutralität" der Deutschen Volkspartei sichern, und aus dieser Vorfrucht soll dann die reife Geburt einer sozialdemokratisch-volksparteilichen Regierung herauswachsen. Damit wäre die Arbeitsgemeinschaft mit den Unabhängigen, die sich bisher vorzüglich bewährt hat, endlich aufgehoben und der Herzenswunsch so mancher Leute erfüllt, die wirklich nur noch dem Namen nach Sozialdemokraten sind. Wir können, wenn es gewünscht wird, deutlicher werden. Die sächsischen Parteigenossen sind es satt, von unverantwortlichen „Instanzen" und in führenden Parteistellungen befindlichen Personen sich eine Politik vormachen zu lassen, die in einem geradezu unerhörten Widerspruch steht zu dem Willen der übrigen Parteigenossenschaft; eine Politik, die, wenn einmal die Probe aufs Exempel gemacht wird, nicht ein Zehntel der Parteigenossen hinter sich hat."

Die „Chemnitzer Volksstimme" schildert dann weiter die unterirdischen Strömungen und Versuche, die sozialdemokratische Partei Sachsens nach rechts zu ziehen. Diese von ihr schon früher aufgedeckten Versuche hätten nicht nur im Chemnitzer Bezirk und im ganzen Erzgebirge, sondern auch in Dresden, dem Hauptsitz der stinnesierten sozialdemokratischen Führer, bei den Massen eine schroffe Ablehnung gefunden. So stünde es, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, allenthalben in der Arbeiterschaft. Man frage sich also erstaunt: Wo ist die Basis, wo die Grundlage zu einer derartig gewagten Politik, mit unserem schärfsten Gegner gemeinsam die Ministersessel zu beziehen?

„Diese Basis ist so schmal, so erbärmlich klein, daß unsere Genossen, würden sie die eigentlichen Brutstätten dieser Versuche erkennen, längst damit aufgeräumt hätten. Da wird in kleinen Konventikeln, die sich „zwanglos" zusammenfinden, geplant und vorgearbeitet; da werden Parteitagsbeschlüsse gedreht und gedeutelt, wie es der beste Jurist nicht schlechter kann; da wird der klare Wille der Parteigenossen zurechtgeschneidert und umgebogen, bis er in alle diese Plänchen hineinpaßt — und wenn die Parteigenossen dann einmal zusehen und solche „Diplomaten" stellen wollen, dann ist es plötzlich niemand gewesen, und die Versuche sind von ganz „unverantwortlicher Seite" gemacht worden."

Auch in Preußen werden wir zweifellos das Schauspiel erleben, daß bei den jetzigen Anbandelungsversuchen mit der Stinnespartei niemand dabeigewesen sei, oder aber, daß man bei der ganzen Angelegenheit nur das Ziel verfolgt habe, die „wahre Natur" der Deutschen Volkspartei zu entlarven, um die verbündeten Demokraten und Zentrumsleute wieder auf den richtigen Weg zurückzubringen. Ob sich die rechtssozialistischen Arbeiter durch diese Ausreden einfangen lassen, sei dahingestellt. Jedenfalls wäre es gut, wenn die Arbeiter in der S. P. D. beachten würden, was ihr eigenes Blatt, die „Chemnitzer Volksstimme", schreibt:

„Wir kennen die Triebkräfte dieser nach rechts ziehenden Bewegung sehr genau. So wie die Kommunisten die Gewerkschaften von innen aushöhlen und für den Kommunismus reif machen wollten, so stehen auch auf dem rechten Flügel unserer Partei bürgerliche Elemente, die jeder sozialistischen Ueberzeugung bar, innerhalb unserer eigenen Reihen für die bürgerliche Reformidee wirken wollen. Wir haben durchaus nicht die Absicht, über diese Harmonieapostel ein Scherbengericht heraufzubeschwören, aber schärfste Aufmerksamkeit ist geboten, wenn solche Leute in dieser Zeit der erbittertsten Klassenkämpfe auf den am weitesten vorgeschobenen Posten stehen und dort alles andere als sozialistische Politik treiben."

Die Anklagen des rechtssozialistischen Blattes gegen die auf vorgeschobensten Posten stehende Führerschaft decken sich vollkommen mit den Anklagen, die die Unabhängige Sozialdemokratie seit Jahr und Tag gegen jene Elemente in der S. P. D. erhebt, die ihren Einfluß auf den Parteiapparat benutzen, um die Massen der von ihnen beherrschten Arbeiterschaft in die Bahnen des Reformsozialismus zu drängen. Es ist erfreulich, daß derartige Stimmen sich nun auch innerhalb der S. P. D. vernehmen lassen; wir sind aber nicht sicher, ob die aufkeimende Einsicht nicht sehr bald durch das Geschrei der parteiamtlichen Zionswächter übertönt werden wird, die jede Kritik als Verstoß gegen den heiligen Geist der Parteidisziplin ausgeben. Die Arbeiterschaft in der S. P. D. hat es in der Hand, durch energisches Zugreifen den reformistischen Seuchenherd in ihrer Partei zu vernichten. Tut sie es nicht, so wird die weitere Entwicklung, ungeachtet aller demagogischen Mätzchen und Intrigen der rechtssozialistischen Führer, über ihre Partei hinwegschreiten und die Führung der deutschen Arbeiterbewegung in die Hände der ehrlichen, konsequenten Verfechter des Klassenkampfgedankens legen.

Die Führer gegen die Arbeiter

Rechtssozialisten und Ausnahmegerichte

Die Funktionärversammlung der Berliner Rechtssozialisten, die am Dienstag getagt hat, hatte eine Entschließung angenommen, in der die Ausnahmegerichte als völlig ungeeignet erklärt wurden. Sie verlangte deshalb, daß die Prozesse aus Anlaß des kommunistischen Putsches unter Wahrung aller Rechtsgarantien für die Angeklagten vor den ordentlichen Gerichten stattfinden.

Wie der „Vorwärts" mitteilt, hat die rechtssozialistische Fraktion des Landtages einen Antrag formuliert, der die Staatsregierung ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1921 über Ausnahmegerichte in folgenden Punkten sofort geändert wird:

1. Die Sondergerichte werden auf diejenigen Bezirke beschränkt, in denen der Ausnahmezustand auf Grund der Unruhen verhängt war.
2. Jugendliche Personen werden ausschließlich vor den ordentlichen Gerichten abgeurteilt.
3. Durch beschleunigtes Ermittlungsverfahren müssen die leichteren Fälle ausgeschieden, diese Angeklagten sofort aus der Haft entlassen und die Prozesse den ordentlichen Gerichten überwiesen werden.
4. Der Gegenstand der Anklage ist in allen Fällen vor der Hauptverhandlung dem Angeklagten schriftlich so rechtzeitig mitzuteilen, daß er seine Verteidigung vorbereiten kann.
5. Für die Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung finden die Bestimmungen der Strafprozeßordnung für Strafkammern in vollem Umfange Anwendung.

Dieser Antrag der Landtagsfraktion, der die Ausnahmegerichte aufrecht erhalten will, entspricht also in keiner Weise dem Beschluß der Berliner Funktionäre. Während diese Aburteilung durch die ordentlichen Gerichte gefordert haben, erkennt der Antrag der Landtagsfraktion die Ausnahmegerichte grundsätzlich an und sucht nur einige ihrer allerschlimmsten Auswüchse zu mildern, wodurch aber das Wesen dieser Gerichte als Rachegerichte nicht beseitigt wird. Die in der Funktionärversammlung so heftig bekämpfte Haltung des „Vorwärts", der sich ja von Anfang an für die Ausnahmegerichte aussprach, wird also von der rechtssozialistischen Fraktion vollständig gebilligt. Wieder einmal haben die rechtssozialistischen Führer den Willen der Arbeiter ihrer eigenen Partei, weil er ihnen unbequem ist, einfach beiseite geschoben.

Ein durchsichtiges Manöver

Die „Rote Fahne" versucht mit Hilfe theoretischer Spiegelfechtereien die ungeheure Schuld der kommunistischen Führer an dem mitteldeutschen Putsch und seinen Folgen zu verdecken. Sie verschweigt beharrlich alles, was sich in Mitteldeutschland zugetragen hat und von keiner Partei gebilligt werden darf, wenn sie nicht der politischen Verkumpung anheimfallen will. Statt also über Tatsachen zu berichten, verschwendet das Blatt seinen Raum mit der Wiedergabe ausländischer Pressestimmen, die, soweit sie kommunistischen Blättern entstammen, von der Deutschen K. P. D. inspiriert worden sind. „Weltpropaganda" nach dem Muster Ludendorffs im Kriege! Das Blatt bedient sich aber auch zur Verschleierung der Schuldfrage ausländischer bürgerlicher Pressestimmen, um sie für sich auszuschlachten. Aus einem Bericht des „Manchester Guardian" zitiert sie zustimmend den Satz, daß die Unabhängigen zwischen den Aufständischen und der Regierung hätten vermitteln müssen. Daß die U. S. P. D. das nicht getan habe, sei vielleicht eines der häßlichsten Kapitel in ihrer Geschichte.

Nun hatten wir tatsächlich eine Intervention angekündigt. Die „Rote Fahne" hatte aber kein Interesse an einer Vermeidung weiteren Blutvergießens, sie wollte den aussichtslosen Kampf rücksichtslos fortgesetzt wissen, ohne Mitleid und Erbarmen mit den Arbeitern, die als Opfer auf der Strecke bleiben mußten. Und so schrieb sie als Antwort auf das Angebot einer Intervention von unserer Seite:

„Wir spucken auf eine Intervention der Schurken, die selbst den weißen Schrecken der Bourgeoisie entfesselt haben, die selbst für die Bourgeoisie das Henkerswerk ausüben."

Bei dieser Gelegenheit muß auch daran erinnert werden, daß die U. S. P. D. im Verlauf der hinter uns liegenden Kämpfe wiederholt vermittelnd eingegriffen hat, um größeres Unheil von der Arbeiterklasse fernzuhalten. Das wurde uns dann als schwerer Verrat angekreidet, gerade durch unsere Interventionen sollen wir die Januar- und die Märzkämpfe in ihrer Entfaltung verhindert und die Arbeiterschaft der Bourgeoisie ausgeliefert haben.

Wozu also das durchsichtige Manöver? Alle Wohlgerüche Arabiens werden die K. P. D. von der Schuld nicht reinwaschen, die sie durch die Entfesselung des mitteldeutschen Putsches auf sich geladen hat. Allein hat sie das Abenteuer ins Werk gesetzt, allein wollten sie es zu Ende führen, allein hat die K. P. D. daher auch die Verantwortung zu tragen für alles was geschehen ist.

„Wunderliche Politik"

Schon vor einigen Tagen hat der „Avanti", das Zentralorgan der italienischen sozialistischen Partei, geschrieben, daß die Aktion der deutschen Kommunisten letzten Endes nur dem Stinnes diene. In einem weiteren Artikel nimmt das Blatt erneut zu der kommunistischen Bewegung in Deutschland Stellung und schreibt:

„Die Frage bleibt offen, welche Taktik für das deutsche Proletariat die beste sei: ob die der Defensive oder der Offensive. Vielleicht war es besser, sich in der Defensive zu halten und den direkten Angriff der Reaktion abzuwarten, um so die Verantwortlichen des Bürgerkrieges vor aller Welt erkennbar werden zu lassen. Es wäre geschickter gewesen, den Vollzug der vom Reichstag beschlossenen Entwaffnung abzuwarten, statt der Regierung einen neuen Vorwand zu liefern, von der Entente die Erlaubnis zum Beibehalt der Waffen zwecks Verteidigung gegen die „Anarchie" nachzusuchen.

In politischen Kreisen ist es kein Geheimnis, daß die alte Zentralleitung der kommunistischen Partei für die Defensive war, aber sich wegen ihrer „pazifistischen" Haltung zurückziehen und das Kommando Leuten abtreten mußte, welche die Offensive der Defensive vorzogen. . .

Die wunderliche Politik der deutschen Kommunisten hat der Reaktion den gewünschten Vorwand gegeben, einen niederträchtigen Kampf zu entfesseln, der sich nicht nur gegen die Aufständischen des Industriebeckens, sondern gegen das gesamte deutsche Proletariat richtet."

Diesem Urteil des führenden Organs einer Partei, die erklärt hat, nach wie vor der 3. Internationale anzugehören, haben wir nichts hinzuzufügen.

Die Parteien im Staatsrat

Nachdem als letzter der Provinziallandtag für Niederschlesien 6 Vertreter zum preußischen Staatsrat gewählt hat, läßt sich — bis auf Oberschlesien, für das die bisherigen Landtagsabgeordneten 5 Mitglieder des Staatsrats zu bestimmen haben — das Gesamtergebnis der Wahlen nach der Parteistärke überschauen. Die bisher gewählten 74 von insgesamt 79 Mitgliedern des Staatsrats setzen sich zusammen: aus 27 Vertretern der Deutschen und der Deutschnationalen Volkspartei, 16 des Zentrums, 4 der Demokratischen Partei, 27 der drei sozialistischen Parteien (2 Kommunisten, 7 Unabhängige und 18 Sozialdemokraten).

Bankgesetz und Volksentscheid im Reichsrat

Der Reichsrat hielt am Donnerstag nachmittag unter Vorsitz des Postministers Giesberts eine öffentliche Sitzung ab. Ueber eine Novelle zum Bankgesetz erstattete namens der Ausschüsse der bayerische Staatsrat von Wolf Bericht. Nach dem bestehenden Gesetz ist die Reichsbank verpflichtet, zur Deckung ihres Notenumlaufs jederzeit mindestens ein Drittel in Metall oder Reichskassenscheinen zur Verfügung zu haben. Durch den fortschreitenden Geldbedarf des Reichs und das Ansteigen der schwebenden Schuld ist die Aufrechterhaltung der Drittelbedeckung unmöglich, und die Vorlage schlägt vor, die Vorschriften über die Drittelbedeckung bis zum 31. Dezember 1923 außer Kraft zu setzen. Trotz schwerer Bedenken hätten die Ausschüsse die Vorlage angenommen, die Vollsitzung des Reichsrats entschied sich gleichfalls für die Annahme.

Der Reichsrat erklärte sich einverstanden mit der Abänderung des Artikel 13 des Eisenbahnpostgesetzes derart, daß nunmehr auch Bayern und Württemberg unter die betreffende Bestimmung fallen. — Ferner wurde eine einheitliche Postscheckordnung für das ganze Reich angenommen, die am 15. April in Kraft tritt. Der Reichsrat genehmigte weiter einen Gesetzentwurf, betreffend den Ergänzungsvertrag zum deutsch-polnischen Vertrag vom 1. Oktober 1919 über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit. Hauptsächlich handelt es sich darum, daß die anläßlich der früheren Unruhen in Oberschlesien oder anläßlich des Vorstoßes der Sowjet-Truppen Internierten ohne Verzug in ihre Heimat befördert werden.

In den Ausschuß für Vereinheitlichung und Vereinfachung der Reichsverwaltung wurden vom Reichsrat gewählt für Preußen Staatssekretär Freund, für Bayern Gesandter v. Preger, für Sachsen Dr. Koch, für Württemberg Ministerialdirektor Schefferle, für Baden der Finanzminister Köhler, für Thüringen Ministerialdirektor Mütze, für Hessen der Gesandte v. Biegeleben, für die Hansestädte Senator Brandes.

Schließlich genehmigte der Reichsrat noch den

Gesetzentwurf über den Volksentscheid.

Nach dem Gesetzentwurf findet der Volksentscheid statt: Erstens wenn der Reichspräsident den Entscheid über ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz binnen einem Monat nach der Beschlußfassung anordnet. Zweitens wenn ein Drittel des Reichstags verlangt hat, daß die Verkündung eines Reichsgesetzes um zwei Monate ausgesetzt werde und innerhalb der Frist ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten den Volksentscheid beantragt hat. Drittens wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten die Vorlegung eines Gesetzentwurfes begehrt hat und der begehrte Gesetzentwurf im Reichstag nicht unverändert angenommen worden ist. Viertens wenn der Reichspräsident bei Meinungsverschiedenheit zwischen Reichstag und Reichsrat über ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz den Volksentscheid darüber anordnet. Fünftens wenn der Reichstag entgegen dem Einspruch des Reichsrats eine Verfassungsänderung beschlossen hat und der Reichsrat binnen 2 Wochen den Volksentscheid verlangt. Die Reichsregierung bestimmt den Abstimmungstag durch Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Abstimmungstag ist der Sonntag oder ein öffentlicher Ruhetag. Bei der unmittelbaren und geheimen Abstimmung ist das Wahlrecht zum Reichstag maßgebend. Die Vorschriften des Reichswahlgesetzes über die Bildung von Wahlbezirken finden entsprechende Anwendung.

Teilnahme der polnischen Kommunisten an den Landtagswahlen. Nach einer Warschauer Meldung hat die polnische kommunistische Partei auf ihrer Konferenz beschlossen, an den nächsten Landtagswahlen teilzunehmen.

Die Siebenbürger Sozialisten gegen Moskau. Die Konferenz der Siebenbürger Sozialisten hat sich gegen den Anschluß an die dritte Internationale erklärt.

Die spanischen Sozialisten gegen Moskau. Die sozialistische Gruppe in Madrid hat mit 240 gegen 147 Stimmen beschlossen, die Moskauer Bedingungen zu verwerfen. Es wurde dagegen der Anschluß an die Wiener Internationale Arbeitsgemeinschaft verlangt.

Das luxemburgische Kabinett ist zurückgetreten. Der Rücktritt soll auf den Wunsch zurückzuführen sein, die Regierung durch Heranziehung eines von den Liberalen und womöglich auch von den Sozialisten genehmigten Vertreters dieser Parteien zu erweitern.

Lebensmittelausfuhrverbot in Jugoslawien. Die jugoslawische Regierung hat wegen schlechter Ernteaussichten jede Lebensmittelausfuhr verboten.

Schließung der Fiat-Werke in Turin. In Turin wurden die Fiat-Werke wegen Lohnforderungen der Arbeiter geschlossen. **15 000 Arbeiter sind dadurch beschäftigungslos geworden.**

Mansfeld

Die Hölziade und ihre Ursachen.

Von Hugo Saupe

Die nachstehenden Ausführungen geben Aufschluß darüber, warum der kommunistische Putsch gerade in Mitteldeutschland Boden gewinnen konnte und warum er gerade in Mitteldeutschland mißlingen mußte.

Die Tragödie im Mansfelder Bergrevier ist zum Abschluß gekommen. Viele Hunderte von Arbeitern sitzen hinter Kerkermauern. Einige Tausend liegen gemaßregelt auf den Straßen. Im Mansfelder Industriegebiet gibt es nur zwei Arbeitgeber von Bedeutung. Die kupferschieferbauende Gewerkschaft und die Riebeckschen Montanwerke im Braunkohlengebiet von Unterröblingen. Die Kaligruben stehen unter der Kontrolle beider Gesellschaften, die auch über alle anderen Hilfsindustrien des Bezirks bestimmenden Einfluß haben. Bei dieser Verfilzung der Industrie im Mansfelder Gebiet bedeutet die Entlassung Tausender — die Brotlosmachung, Hunger und Elend über ebensoviele Familien. Das ist um so schwerwiegender, als Arbeitslosigkeit bisher den Mansfeldern eine Erscheinung war, die man nur aus den Spalten der Zeitungen kannte. Selbst in Zeiten schlechter Konjunktur hatte die Mansfelder Gewerkschaft Entlassungen in größerem Umfange zu vermeiden gewußt. Daher befindet sich auch in den Mansfelder Kreisen, ganz im Gegensatz zum Ruhrrevier, eine durchaus seßhafte Bevölkerung, die nur gelegentlich eine Blutzufuhr von außerhalb erfuhr. Hunderte von Bergleuten haben, von den Vätern her, ihr eigenes Häuschen, als Folge der industriefeudalen Siedlungspolitik, die die Mansfelder Kupferschiefer-Gewerkschaft in früheren Zeiten übte. Sie bebauen ihr eigenes Stück Land, füttern ihr Schwein und sind so mit allen Fasern an den heimatlichen Boden gefesselt.

Ueber den industriellen Arbeiter der Großstadt schwebt dauernd das Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit. Das industrielle Nomadentum ist ihm eine nur allzugewohnte Erscheinung. Der Mansfelder kennt alles das in größerem Umfange nur vom Hörensagen, darum erfaßt ihn das Grauen um so mehr, wenn ihm jetzt plötzlich, fein säuberlich im Einschreibebriefe, die Entlassungspapiere zu tausenden ins Haus gesandt werden.

Das ist die Rache des Unternehmertums. Seine Wut vor der Macht der Arbeiter, die sie sich seit dem Ausgange des Kapp-Putsches errungen hatten, findet keinerlei Grenzen mehr. Mitglieder des Gewerkschaftskartells, die mit den Direktoren der Mansfelder Kupferschiefer-Gewerkschaft über die Wiederaufnahme der Arbeit verhandelten, erklärten uns, daß sie schon mancherlei Hartnäckigkeit bei Verhandlungen mit Unternehmern kennengelernt hätten, ein derart von Rachsucht erfülltes Unternehmertum aber hätten sie bisher nicht kennengelernt.

Die Reaktion hat im Mansfelder Gebiet vollständig Oberwasser gewonnen. Das Bürgertum, das zwei Jahre unter dem bestimmenden Einfluß der Arbeiterorganisationen stand, schnaubt besessen nach Rache. Die Sprache, die gegenwärtig auch sonst gemäßigte Zeitungen führen, war bisher selbst den reaktionärsten Organen unbekannt. Die Arbeiterbewegung hat eine ihrer stärksten Machtpositionen verloren, das ist das Fazit der in wahnsinniger Verblendung heraufbeschworenen Putschaktion der Kommunisten.

Bis zum 9. November waren die Mansfelder Bergleute politisch fast unberührt. In gelben „reichstreuen" Vereinen waren sie die getreue Leibgarde des Unternehmertums. Jeder freie Lufthauch wurde von den Direktoren der Gewerkschaft ebenso brutal wie rücksichtslos unterdrückt. Unter diesem Knutenregiment fand die moderne Arbeiterbewegung fast keinerlei Einfluß. Adolph Hoffmann, als Reichstagskandidat, mußte, neben vielen anderen, nicht selten flüchten unter den Drohungen und Schlägen der mit Schnaps mutig gemachten Mansfelder Knappen. Nur einige wenige hielten inmitten all dieses Unternehmerterrors die Fahne des Sozialismus unentwegt aufrecht. Daß ausgesprochen diese Veteranen der Mansfelder Arbeiterbewegung von den früher unerschütterlich gelben Massen unter Führung des politischen Analphabeten Joseph Schneider — dem nachherigen Adjutanten Max Hölz' — als „Verräter" bezeichnet wurden, sei nur nebenher erwähnt.

Am 9. November zerstoben die „reichstreuen" Vereine im Wirbelwind der Revolution. Mit dem bleiernen Druck des Unternehmertums wich die politische Uninteressiertheit der Massen. Die Ziffern der Gewerkschaften schwollen ins Riesenhafte an. Die Partei wurde über Nacht zu einer gebietenden Macht im ganzen Gebiete. Die Erfolge bei den ersten Wahlen nach der Revolution waren überraschend groß. Die sozialistischen Stimmenziffern reichten bis weit in die Kreise des Bürgertums hinein. Hinter den gewaltigen Zahlen der U. S. P. D. verschwanden die übrigen Parteien fast gänzlich. Der Druck der Reaktion hatte einen außerordentlichen Gegendruck erzeugt. Das ist die alleinige Erklärung für den so plötzlich vollzogenen politischen Stimmungswechsel. Nicht innere Ueberzeugung, sondern ein dumpfes Gefühl der Unzufriedenheit mit der bisher erduldeten Schmach, dem Kriegselend, vermischt mit dem herben Gefühl der Rache, wurden alle die politisch Ungeschulten über Nacht zu Sozialisten. Nun mußte doch das Himmelreich kommen, das Schlaraffenland, das sie hinter dem Sozialismus zu erkennen wähnten. Das Himmelreich kam nicht, auch die gebratenen Tauben des Schlaraffenlandes blieben aus. Bei den Reichstagswahlen schon trat ein empfindlicher Rückschlag ein, der bei den Landtagswahlen selbst in den Reihen der Kommunisten zur Katastrophe wurde.

Bei dem Fehlen jeder politischen Schulung und infolge des Mangels aller ökonomischen Kenntnisse war es nur selbstverständlich, daß allein die „Führer" aus selbstsüchtigen Motiven das Kommen des Himmelreiches verhindert hatten. Einige kommunistische Krakeeler taten mit übelster Hetze ein übriges. Trotzdem konnten die Kommunisten nicht eigentlich Boden gewinnen. Soweit sie aber Eingang fanden, waren es Mannschaften, die sich um die K. A. P. D. gruppierten. Während der Abwehraktion in den Kapptagen trieben sie eine, wenn auch gänzlich einflußlose, nichtsdestoweniger vom Geiste des Putschismus beseelte Opposition. In diesen Reihen fand die Spitzelin Schröder-Mahnke ihr Rekrutierungsgebiet. Die erste Sangerhäuser Hölziade, der Bankraub im Sommer 1920, damals noch ohne Hölz, nur unter dessen Namen segelnd, war auf Mansfelder Boden erwachsen. Das Himmelreich kam noch immer nicht. Durch eine geradezu unverantwortliche Agitation vieler U. S. P.-Leute, die während der Reichstagswahlen bereits unter dem Banner der Kommunisten segelten, wurden die politisch noch immer unselbständigen Massen sinnlos aufgeputscht. Sie drängten zur Aktion. Das Himmelreich des Sozialismus mußte kommen, koste es, was es wolle.

Da fuhren die 21 Moskauer Bedingungen wie ein Blitz unter die Massen der Mansfelder Arbeiter. Das war das Heil. Sowjetrußland wurde zum Inbegriff für jeden wurzelechten Mansfelder. Wehe dem, der in der Art Dittmanns etwa an dem Licht, das aus dem Osten leuchtete, zu zweifeln wagte. Er wurde erbarmungslos niedergeschrien, von denselben Leuten, die wenige Wochen vorher den Nichteintritt der U. S. P. in die Regierung als kapitalen Fehler bezeichneten. So schwankten die nunmehr Kommunisten Gewordenen aus einem Extrem in das andere.

Da kam Halle. Die Tiraden Sinowjews „überzeugten" auch den letzten. Mansfeld war kommunistisch. Wer etwa in seinem Inneren eine andere Auffassung nährte, der ging unter dem Druck eines geradezu beispiellosen Terrors hin und kaufte sich den Sowjetstern. Die U. S. P. verschwand bis auf jene, die bereits unter dem Terror der Mansfelder Kupferschiefer-Gewerkschaft für den Sozialismus gewirkt hatten. In ihrem dunklen Drange nach dem richtigen Wege glaubten nunmehr die Massen, bei der V. K. P. D. das Heil gefunden zu haben. Unter der intellektuellen Leitung Joseph Schneiders stellte die K. P. D. keinerlei geistige Ansprüche an die Massen. In edlem Wettbewerb mit den Massen schrie Schneider unausgesetzt bis zu mehrmaliger Heiserkeit: Aktion! Aktion! Jeder, der nicht seines Glaubens war, wurde als Spitzel abgetan. Heute, nach der so bedauerlichen eiskalten Dusche, die den Arbeitern in ihrem Uebereifer zuteil wurde, hört man Mansfelder Arbeiter von dem Gegenteil sprechen. „Schneider muß gehenkt werden." Auf alle Fälle war Joseph Schneider ein Ignorant, der auch nicht durch das elementarste sozialistische Wissen beschwert war und während seines ganzen Lebens kaum ein sozialistisches Buch zur Hand genommen, noch weniger gelesen hat.

Bei der geringen politischen Schulung und bei solchen Führern mußte es zur Niederlage kommen, die so tief bedauerlich sie ist, wenigstens den Vorteil brachte, daß mancher Mansfelder Arbeiter von dem Phrasentraum des kommunistischen Himmelreichs zu den Realitäten unserer Tage zurückversetzt worden ist.

So kamen denn die Tage, in denen die Berliner „Rote Fahne", der „Klassenkampf" in Halle und die kommunistische „Volkszeitung" in Eisleben zu den Waffen riefen. Dazu kam die Polizeiaktion Hörsings. Die Generalstreikparole ging hinaus in die Mansfelder Lande. Aber siehe da, nicht einmal die Arbeiter mit dem Moskauer Mitgliedsbuch in der Tasche folgten. Die ersten beiden Tage waren ein entschiedener Mißerfolg für die Leute mit dem Sowjetstern. Da kam am dritten Streiktage Max Hölz. Er folgte der Parole keiner Partei und begann seine Privatrevolution nach eigenem Muster. Hölz faszinierte die Massen, die von den Kommunisten mit ihren wechselvollen, illusionären Putschparolen glänzend vorbereitet waren, mit seiner Heilsbotschaft des zügellosesten Terrors. Joseph Schneider und die übrigen Trabanten der V. K. P. D. waren von dieser Stunde an mit einer bloßen Armbewegung abgetan. Schneider blieb nur noch Kitt in den Fingern des Hölz und wurde sein Werkzeug, sein Adjutant. Erst unter dem Druck des Hölzschen Terrors standen die Betriebe still. Der Generalstreik wurde allgemein in der Stunde, als die V. K. P. D. die Führung restlos in die Hände des mit K. A. P. D.-Geist beseelten Max Hölz übergab. Nun erst begannen alle die Akte des Terrors, der Plünderung, des Raubes und die Dynamitstreiche. Wenn, trotz anfänglichen Zögerns, nunmehr weitere Kreise der Mansfelder Bevölkerung Max Hölz Gefolgschaft leisteten, dann nur, weil die V. K. P. D. mit ihren K. A. P. D.-Parolen den Boden so trefflich vorbereitet hatte. Somit ist es ihr ureigenstes Verdienst, wenn die Methoden des Kampfes Formen annahmen, die bisher in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung unbekannt geblieben waren.

Intellektuell ist die Mansfelder Arbeiterschaft schuldlos an den unrühmenswerten Ereignissen. Politisch ungeschult, fiel sie in die Hände gewissenloser Leute, die sie in der illusionären Parolenschmiede der V. K. P. D. von jeder realen Betrachtung der wirtschaftlichen Lage und des politischen Kräfteverhältnisses abwendig machte. Die dortigen „Führer" der V. K. P. D. waren keine Führer der Arbeiter. Sie ließen sich vielmehr von den geheimen Instinkten der Massen führen.

Wenn jedoch die Kämpfe im Mansfelder Gebiet unerwünschte Auswüchse zeitigten für Angehörige der besitzenden Klassen, so haben gerade diese keinerlei Ursache, in moraltriefendes Wehklagen einzustimmen. Die Leiter der Mansfelder Kupferschiefer-Gewerkschaft waren es, die unter dem Beifall des gesamten Bürgertums mit allen Mitteln des Terrors jede politische Schulung der Arbeiterklasse unmöglich machten. Bei einer langjährig geschulten Arbeiterklasse wären alle die Terrorparolen der Kommunisten, wie auch anderwärts, wirkungslos abgeprallt. Darum trifft neben den Kommunisten, die die ungeschulten Arbeiter des Mansfelder Gebiets mißbrauchten, auch diejenigen die Schuld an den Terrorakten, die die Arbeiter jahrzehntelang von jeder politischen Aufklärung gewaltsam ferngehalten haben.

Aus der Partei

Eine nachahmenswerte Einrichtung

Eine begrüßenswerte Einrichtung hat der Bezirk Oberfranken unserer Partei geschaffen. Schon wiederholt wurde auf den Bezirksparteitagen und Konferenzen die Einführung eines Rednerkursus verlangt. Diesem Wunsche der Genossen und Genossinnen hat nun die Bezirksleitung Rechnung getragen. Nach gründlichen Vorbereitungen wurde der erste Rednerkursus in der Zeit vom 21. März bis zum 2. April abgehalten. Es nahmen daran 13 Genossen und 2 Genossinnen teil. Der Kursus wurde tagsüber abgehalten. Die Unterrichtszeit betrug täglich 6, an den letzten 3 Tagen 8 Stunden.

Es ist ja klar, daß in dieser Zeit nicht jeder einzelne Teilnehmer in umfassender Weise mit allen Einzelheiten des wissenschaftlichen Sozialismus vertraut gemacht werden konnte. Aber es wurde erreicht, daß die Teilnehmer die Grundlagen zur Erkenntnis und zum weiteren fruchtbringenden Studium des Sozialismus bekommen haben. Und darauf kam es an.

Lehrfächer waren die folgenden: 1. Wirtschaftsgeographie, 2. Politische Oekonomie, 3. Kunst der Rede, Vortragender Genosse Blumtritt-Hof, 4. Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Vortragender Genosse Seidel-Hof, und 5. Betriebsrätegesetz, Vortragender Genosse Pößnecker-Hof. Der Unterricht erstreckte sich auf 68 Stunden, die natürlich nicht im entferntesten ausreichten, doch muß gesagt werden, daß die Absicht erreicht worden ist.

Im Herbst soll wieder ein Kursus auf erweiterter Grundlage von 3- oder 4wöchiger Dauer durchgeführt werden. Schon jetzt gehen die einzelnen Sektionen dazu über, die entsprechenden Mittel zu sammeln. Die Einrichtung hat großen Anklang im ganzen Bezirk gefunden. Auch für andere Bezirke wäre die Einrichtung empfehlenswert, soweit die Voraussetzungen, d. h. genügend Lehrkräfte, vorhanden sind.

Der Magdeburger Kommunistenprozeß

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Magdeburg, 7. April.

3. Verhandlungstag.

Der Antrag der Staatsanwaltschaft auf Ladung des Abgeordneten Kuhnert wird durch das Gericht abgelehnt. Abgelehnt wird ebenfalls der Antrag des Verteidigers auf Ladung der 16 Zeugen Ludendorff, Escherich, Kronprinz Rupprecht usw., da das Gericht auch so als erwiesen annimmt, daß die Angeklagten mit einem Rechtsputsch rechneten.

Es wird in der Zeugenvernehmung fortgefahren. Zeuge Kriminalbeamter Lind hat den Angeklagten Vogisch vernommen. Den Ausdruck „krasseste Diktatur" hat Vogisch bei der Vernehmung gebraucht. Er hatte die Ueberzeugung, daß es sich nicht um einen Wahl-, sondern um einen Waffenkampf handelte. Angabe über die Zahl der Stendaler Kommunisten kann der Zeuge nicht machen. Ob Roth Spitzel war, weiß er nicht. — Zeugin Frau Müller sagt aus, daß der Zeuge Roth im Januar ihren Mann aufgefordert hätte, mit ihm ins Rheinland zu fahren,

um Dynamit und Waffen zu holen.

Zeuge Roth bestreitet, die Idee von Dynamit zuerst aufgebracht zu haben. — Zeuge Amtsgerichtsrat Westfal macht ganz unwesentliche Angaben. — Verteidiger Rechtsanwalt Weinberg fragt den Zeugen, ob vielleicht Oberpräsident Hörsing oder Regierungskommissar Weismann auf das Zustandekommen dieses Prozesses hingewirkt hätten. Der Zeuge erklärt, Oberpräsident Hörsing habe die Sache für harmlos angesehen.

Angeklagter Schulz will von Polizeikommissar Treptow wissen, ob die Mörderliste gefunden ist. Polizeikommissar Treptow sagt, Roth habe immer davon erzählt, aber eine Liste sei nicht aufgefunden worden. — Zeuge Roth bestreitet noch einmal, daß er der treibende Keil bei der ganzen Angelegenheit war. Er habe in der Sitzung vom 19. 1. seine Beobachtungen gemacht und sie am 20. 1. der Polizei mitgeteilt.

Rechtsanwalt Weinberg: Am 20. 1. macht der Zeuge Roth seine Angaben dem Polizeikommissar Treptow, und am 23. 1. überredet er den Angeklagten Müller, mit ihm nach Rheinland-Westfalen zu fahren, um Waffen und Dynamit zu holen.

Zur Verlesung gelangt nunmehr auf Antrag der Verteidigung der Artikel der „Roten Fahne", in dem eine parteioffiziöse Stellungnahme der V. K. P. D. zu einem Rechtsputsch und die Organisation der Abwehr eingehend behandelt wird. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Kähler: Trotzdem ich den Zeugen Roth für glaubwürdig halte, beantrage ich, ihn nicht zu vereidigen, weil er der Teilnahme an der Tat verdächtig ist. — Rechtsanwalt Weinberg schließt sich dem an, über die Glaubwürdigkeit des Zeugen Roth hat er aber andere Ansichten.

Nunmehr ist die Beweisaufnahme beendet. Das Gericht beschließt nach kurzer Beratung, den Zeugen Roth nicht zu vereidigen, da er nach seiner eigenen Aussage an den Vorgängen am 19. 1. beteiligt war. Erst nach diesem Tage ging er zur Information für die Polizei in die nachfolgenden Versammlungen. Die Sitzung wurde dann auf 5 Uhr nachmittags vertagt.

Das Plädoyer des Staatsanwalts

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung beginnt das Plädoyer des Vertreters der Anklage, Staatsanwaltschaftsrats Dr. Kähler: Es muß den Angeklagten zur Last gelegt werden, daß sie die Vorbereitung zur Bildung einer Roten Armee getroffen haben. Das Gerippe ist bereits da und lehnt sich an die offiziellen Organisationen der K. P. D. an. Die Vorbereitungen gehen aber noch weiter. Es ist heute klar geworden, daß kleine Stoßtrupps geschaffen worden sind, die im gegebenen Moment Bahnhöfe besetzen, Brücken sprengen usw. Es ist irrig, wenn dem entgegengehalten wurde, diese Stoßtrupps wären ja viel zu klein. Diese Stoßtrupps werden in solchen Momenten verstärkt durch die große Zahl der Mitläufer. Die Verordnung des Reichspräsidenten verbietet jeden Zusammenschluß zu militärischen Organisationen. Meinungskämpfe sollen mit geistigen Waffen ausgetragen werden. Die Verordnung verbietet sogar den Zusammenschluß zu politischen Organisationen. Die Frage, ob ein Rechtsputsch abgewehrt oder ein Linksputsch vorbereitet werden soll, spielt eine untergeordnete Rolle. Ein Rechtsputsch bildet sicher eine Gefahr, diese Gefahr durch eine Gegenorganisation beseitigen zu wollen, macht aber die Gefahr noch größer. Die Angeklagten haben nicht in Furcht oder Ueberstürzung gehandelt, sondern sich ruhig in die Organisationen eingefügt. Die Seele der Organisation ist sicher der Parteisekretär Böttcher, zu dessen Strafverfolgung die Genehmigung leider noch nicht vorliegt. Jakob ist auf den Gedankengang Böttchers, Stoßtrupps und Kompagnien zu bilden, eingegangen. Er hat die anderen Genossen eingeladen, und diese sind ihm gefolgt. Der größte Teil der Versammlungsteilnehmer sind nach Schluß der Versammlung eingeschriebene Mitglieder der Kampforganisation geworden. Sie wußten, daß illegale Organisationen Hochverrat bedeuten. Der Kern liegt darin, daß die Teilnehmer der Versammlung am 19. Januar sich bereit erklärt haben, sich in diese Organisation aufnehmen zu lassen.

Wenn auch die Angeklagten heute behaupten, die Protokolle der Vorverhandlung stimmen nicht, so ist doch deren Richtigkeit durch Zeugenaussagen erwiesen. Es ist erwiesen, daß die Angeklagten die Frage nach der Waffenausbildung beantwortet haben. Sie wußten daher, um was es ging. Wenn man aber die Aussagen des Angeklagten Jäger und des Zeugen Roth zusammenhält, so weiß man, daß nicht von Wahlagitation, sondern von militärischer Agitation die Rede war. Warum wurden die Gruppen aus nahe beieinander wohnenden Genossen gebildet? Wahlagitation auf dem Lande betreibt sich doch besser, wenn die Leute möglichst weit auseinander wohnen, die diesen Gruppen angehören. Wenn Jakob auch da noch fest in seiner Aussage blieb, als der Verteidiger das Mandat für ihn niederlegte, beweist dies, daß die Angaben des Jakob den Tatsachen entsprechen.

Roth ist ein Spitzel.

Das stimmt. Was führten ihn aber für Motive zu seinem Verrat? Roth hat am 19. Januar noch nicht daran gedacht, die Versammlung zu bespitzeln, erst später ging er so tief, daß er Spitzel wurde. Da seine Aussagen sich aber auf die Zeit vor dem 19. Januar bezogen, liegt kein Grund vor, ihm keinen Glauben zu schenken.

Ich komme nun zum Strafmaß. Bei Jakob wäre dieses zu mildern, wenn er auch wüste Reden gehalten hat, so ist doch zu bedenken, daß Leute, die in Wirklichkeit so handeln wollen, nicht soviel davon reden. Die Verordnung des Reichspräsidenten ist zu werten wie das Sozialistengesetz unter Bismarck. Ich bitte aber doch, sämtlichen Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen und nur auf Gefängnisstrafen zu erkennen.

Ich beantrage für die Angeklagten Vater, Geisbach, Löse, Dube, Gassel, Gassert, Herpel, Gruffern, Karl Müller, Rückert für nichtschuldig zu erklären, den Angeklagten Jakob ein Jahr Gefängnis, 2 Monate Untersuchungshaft angerechnet, dem Angeklagten Wellmann 4 Monate Gefängnis, 6 Wochen Untersuchungshaft angerechnet, Müller 4 Monate Gefängnis, 4 Wochen Untersuchungshaft angerechnet, Dittmann, Bürkle, Neumann je 4 Monate Gefängnis, Hoffmann 4 Monate Gefängnis, 6 Wochen Untersuchungshaft angerechnet, Wendt 3 Monate Gefängnis, 4 Wochen Untersuchungshaft angerechnet, Schröder, Schwarz, Ernst Müller, Hahn, Diesterhoeft, Vogisch, Albert Schulz, Otto Schulz je 1 Monat Gefängnis.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Kameriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Dorfstr. 35.

A. Wertheim Lebensmittel

Kabeljau (ganz, Flechen p. Kopf, ca. 8–12 Pfund) ... Pfd. 1.30
Grüne Heringe .... Pfd. 2.80
Lebende Hechte Pfd. 11.00
Lebende Karpfen Pfd. 13.00
*Nordsee-Steinbutt 10.00
*Lebende Aale stark, Pfund 24.00
* Nur Leipziger Str.

Bestes fettes Ochsenfleisch (gefroren)

Kamm, Brust od. Querrippe ..... Pfd. 8.50
Schmorfleisch mit Knochen ..... Pfd. 9.50
Gehacktes Rind u. Schweinefleisch Pfd. 11.00

Bücklinge ..... Pfd. von 3.50 an
Sprotten ..... Pfd. 6.40
Lachsheringe geräuchert, Stück 1.50
Herings-Rogen ... Pfd. 1.10
Herings-Milch ..... Pfd. 1.40
Salzheringe große, Stck. 40 Pf.

Kolonialwaren

Weiße Bohnen Pfd. 90 Pf. 1.40
Victoria-Erbsen .. Pfd. 2.00
Grüne Erbsen .... Pfd. 1.85
Kartoffelmehl ..... Pfd. 3.50
Haferflocken ..... Pfd. 2.40
Hafergrütze ..... Pfd. 3.50
Graupen ..... Pfd. 2.80
Vollreis ..... Pfd. 2.60
Bohnen grüne, getrocknet .... Pfd. 14.00
Schotenkerne grüne, getrock. 20.00
Grünkohl getrock. ... Pfd. 2.15
Rotkohl getrocknet .. Pfd. 4.80
Karotten getrocknet. Pfd. 4.80

Trockenmilch (Magermilch) ..... Pfd. 11.50

Margarine Pfund 8.90 — *Feinste Süßrahm-Margarine* ..... ½-Pfund-Paket 5.50

Wurst

Landleberwurst Pfd. 13.00
Rotwurst ..... Pfd. 11.00
Zwiebelleberwurst 11.00
Sülzwurst ..... Pfd. 12.00
Past.-Leberwurst Pfd. 16.00
Fetter Speck ger., Pfd. 12.00

Apfelmus 3.35
½ Dose, tafelfertig

Wildenten 11.50

Kibitzeier 2.40

Käse

Landkäse ..... Pfd. 7.40
Harzer Käse ..... Pfd. 7.60
Auslandskäse n. Harzer Art .. Pfd. 9.60
Schichtkäse ..... Pfd. 6.20
Dän. Gouda Käse Pfd. 10.50
Edamer Käse ..... Pfd. 19.00

Gemüse

Spinat ..... Pfd. 75 Pf.
Rhabarber .... Pfd. 55, 80 Pf.
Radieschen ..... Bund 40 Pf.
Maikräuter ..... Bund 30 Pf.
Maronen ..... Pfd. 2.50
Schwarzwurzeln Pfd. 2.50
Blumenkohl ..... von 2.50 an
Zwiebeln ..... Pfd. 45 Pf.
Rote Rüben ..... Pfd. 70 Pf.
Zitronen ..... 3 Stck. 1.00
Apfelsinen ... Stck 55, 90 Pf.
Blut-Apfelsinen 85 Pf. 1.10
Feigen ..... Pfd. 5.50

Pflanzen-Verkauf

Leipziger Str. Königstr. Moritzplatz

Rhododendron 17.50 25.00
Buxusbüsche .... von 8.00 an
Efeu ..... Topf von 2.50 an
Rosen Halbstämme 10.00 12.00
Lebensbäume 7.50

Zypressen 40.00
Stachelbeeren junge Pflanz. 75 Pf.
Himbeersträucher 1.50
Johannisb.-Sträuch. 4.00
Brombeersträucher 4.50

Rhabarberstauden ... 2.50
Stiefmütterchen .... 65 Pf.
Steckzwiebeln .... Pfd. 3.50
Balkonkästen und Latten

Im Erfrischungsraum:
Nußkränze .... Stück 6.—

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 Uhr: Kapitän Brassbounds Bekehrung

Staatstheater.
Opernhaus
7 Uhr: Cosi fan tutte
Schauspielhaus
7½: Die echten Sedemunds

Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater
7½ Uhr Wozzeck
Kammerspiele
8 Uhr: Er ist an allem schuld / Die Spieler / Der Heiratsantrag
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7½ Der Kaufmann von Venedig (4. Abteilung, 4. Abend)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
7½ Uhr Rugby (Strunka, Gildner, Bild, Richard, Pointner, Boy, Schlegel)
Sonnabend: Rugby
Sonntag: Rugby
Montag: Rugby

Komödienhaus:
7½ Uhr: Das weiße Lämmchen
mit Max Pallenberg

Berliner Theater:
Fritzi Massary
Nur noch heute u. morgen in:
Die spanische Nachtigall
abends 7.30 Uhr
Fritzi Massary, Walkmann, Emmy Sturm, Roberts, Kiper

Trianon-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Rosen
von Hermann Sudermann
(Olga Limburg, Carola Toelle, Käthe Haack, Falkenstein, Ballenrin, Schroth, Baudow)

Residenz-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Das Privileg
(Paul Wegener, Lucie Höflich, Elke Gerlning, Ad. Edgar Licho)

Kleines Theater Unter den Linden 44
Täglich 7½ Uhr:
Casanovas Sohn

Komische Oper
Allabendlich 7½ Uhr:
Luderchen

Thalia-Theater
7½ Uhr: Mascottchen

Rose-Theater
7½ Uhr:
Der Weg zum Herzen

Casino-Theater ½8
Bollrich & Sohn
Sonntag 3½: Bruder Ballhaar

Jol es Caprice ½8
am Oranienburger Tor
Am Badestrand
mit Ferd. Grünecker

Walhalla-Theater
Täglich ... Uhr
Der Vogelhändler

Lessing-Theater
Direkt.: Viktor Barnowsky
7½ Uhr: Flamme
(Durch, Hartmann, Klein-Rogge, Walther)
Sonnabend und Sonntag 7½ Uhr: Ein idealer Gatte
Montag 7½: Flamme (Vorst.)

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Scheidungsreise
(Max Adalbert)

Theater am Nollendorfplatz
7 Uhr:
Wenn Liebe erwacht ...

7½ Apollotheater 7½
Friedrichstraße 218
Gastspiel des Wiener Venedig-Theaters mit
Erich Kaiser-Titz
sowie
6 weitere Sensationen

Theater a. Kottb. Tor
Tel. Moritzplatz 160 77
Tägl. 7½, u. s. halb. Preis
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
Hervorragendes April-Frei-Progr.
Vorverk.: 11–1½ u. 4–6 Uhr

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Täglich:
BALL

STEIDL-THEATER
Mo-Rixpla'z
(früher Boxzenhagen)
Dir.: S. Wreschinski
Täglich:
Fritz Steidl-Sänger
Fritz Steidl, Kurt Reisig, Max Grothe, Rob. Stephan usw. Zum Schluß:
Geschichte eines Verstorbenen
Ukiade von Fritz Steidl
Natzel-Grabacker, Anf. 7½ U.
Preise inkl. Steuer von 1.10–6.60 Mk.
Sonntag-Nachmittagsvorst. halbe Kassenpreise
Vorverkauf täglich von 11–1 Uhr a. d. Kasse

Concordia-Palast-Theater
64 Ackerstraße 64
Filmschau:
Der Stier von Olivera
Bühnenschau:
Die Nacht der Irrungen
Helmuth Kreuzer

Die Meinhard-Bernauer-Bühnen (Theater in der Königgrätzer Straße — Berliner Theater — Komödienhaus) haben infolge Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer ihre Eintrittspreise von heute ab wesentlich herabgesetzt.

Künstliche Höhensonne
ein Heilmittel gegen Tuberkulose / Nervenleiden / Rheumatismus / Gicht / Ischias Bronchitis / Arterienverkalkung / Lungen-, Magen- / Nieren-Leiden / Hautkrankheiten Allgemeine Körper-Schwäche nach schwerer Krankheit und Operationen
Höhensonne-Ins'tut Ultraviolett
Kottbuser Tor
Inhaber: R. Kunze / Kottbuser Straße 1

Leicht beschädigte
Klassiker, Romane, Jugendschriften
Sozialistische Literatur
25% Preisermäßigung
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2
Breite Straße 8/9

In ½ Stunde beseitigen Sie unter Garantie jede
Läuse-Plage
auch d. Schel. Brut Nissen d. Menschen u. Tiere nur m. **Eckolda** Für Wäsche u. Haar unschädl.
Garantiert sicher wirkende Radikalmittel gegen
Wanzen Eckolda B | Kakerlake Eckolda C | Holzwurm Eckolda D
Zu beziehen d. d. Firma Mitte, Wegener-Drogerie, Mittenwald- u. Desinfektions-Institut usw. u. in Berlin in folgenden Drogerien: NW.: Ochert, Waldenfstr. 8, Ecke Waldstr. Nord.: Kraß, Reinickendorfer Str. 115, nahe Weddingpl., Humboldt-Dr. Brunnenstr. 99, nahe Gesundbr., Ammann, Invalidenstr. 33, nahe Chausseestr., Lange, Brunnenstr. 157. NO: Klapsch, Linienstr. 8, nahe Prenzlauer, Kern, Elbinger Str. 63, nahe Greifswalder. Ost.: Andreas-Dr., Kl. Andreasstr. 12, Glockenstr., Petersburger Str. 88, Gotzkowsky, Cent.: Prager, Neue Promenade 2 (Börse). SO.: Central-Dr., u. Sanitätsbazar d. Süd-Ostens, Dresdener Str. 18 am Oranienplatz, Berger, Brückenstr. 12. Süd.: Lehrke, Kottbuser Damm 81/82, am Hohenstaufenpl. CW.: E. W. Weirich, Blücherstr. 1, Hoffsches Tor, Haseloff, Friedrichstr. 1, gegenüber Putzkammerstraße. West.: L. Horn, Lindenstraße 46, Ecke Potsdamer, Bülow-Tr., Pflomstr. 84, Ecke Potsdamer. Charlottenburg: Stephan-Dr., Wilmersdorfer Straße 158. Wilmersdorf: Sewerin, Berliner Straße 134, Ecke Uhland. Schöneberg: Telde, Hauptstr. 21 am Rathaus. Tempelhof: Germania-Tr., Berliner Straße 57, Ecke Boxhagen. Neukölln: Central-Tr., Lohdestr. 65 am Karstens. Treptow: Stern-Tr., Elisabethstr. 108, n. Lohedot. Baumschulenweg: Kohler, Baum-Chausstr. 15/16. Ober-Schöneweide: Wöllmer, Wilhelminenhofstr. 1. Lichtenberg: Heinrich, Frankfurter Allee 257, Weißensee: Grüne Dr., Berliner Allee 19, Pankow: Haap, Berliner Str. 40. Reinickendorf-Ost: Dollinen, Residenzstr. 107. Tegel: H. Ferchmann, Berliner Straße 9/1. Spandau: L. Fahrenkrug & Co., Markt 9. Bisch. Schönwalder Straße 89. Gen.-Verw. und Postversand A. Mattick, Nord., Kastanien-Allee 78.

Briefmarken
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Zugang n. d. Friedrichst. (Nr. 108) Norden 186 21

Gold-, Silber- und Platin-
Sachen, Abfälle und Bruch sowie Durchschlag
kauft zu reellen Tagespreisen
Ratzlaff & Zimmer
Linienstraße 93

Zigarettengroßhandlung
Bek. Marken I. Wiederverkäuf.
Dessau, Ciegenberplatz 3, 1 Tr.

Die
Kreutzer-Sonate
von Leo Tolstoi
184 Seiten Mk. 1.50
Buchhandlung „Freiheit"
Breite Straße 8/9

Sämtliche Altmetalle
auch Eisen kauft
„Metall-Einkaufsstelle"
Weidenweg 72

Unauffällig
erhält ergrautes Haar die früh. Naturfarbe wieder durch Reichels Regenerator, dauerhaft allmählich und bei Gewerbe unsichtbar. Fl. 9.50 u. 15.— Otto Reichel, Berlin 46 SO. Eisenbahnstr. 4.*

Geld
für jede Verwendung. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41, II. Ecke Kochstraße.

Zinn, Lagermetall,
Durchschlag,
auch andere Metalle kauft laufend in allen Quantitäten
Gerlach & Voigt, Prod.-Hdl.
Dresdenerstr. 13/14 • Mpl. 12823

Kupfer 13.00 Messing 4.20
Kupfer, Blei, Zink usw.
Schönhauser Allee 80
Metallverwertung am Rgbhf

Kleiner Laden
mit od. ohne Nebenräume in der Nähe d. Bernauer- oder Teutoburger Platzes oder Schwedter Str. usw. für Buchhandel u. Zeitungsexpedition
gesucht
Offerten mit Preisangabe unter P. M. a. d. Inseraten-Abteilung der „Freiheit", Breite Straße 8/9 erbeten

Billige an Wald und Wasser gelegene Parzellen in Heiligensee
bei Tegel.
Sehr guter Boden. Zu jeder Größe.
Anzahlung von M. 400 an. Günstige Abzahlung
Auskunft: Terraingesellschaft Heiligensee, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 28. Tel.: Norden 716 / In Heiligensee im Bureau oder bei Lamprecht, Heiligensee, Kirchallee. Teilstrecke d. Tegel-Heiligenseer Straßenbahn

Spezial-Behandlung für alle Geschlechtskrankheiten
bei Männern und Frauen schnell, schmerzlos u. mögl. ohne Berufsstörung
Heilanstalt **C. Weissert,** Brunnenstraße 191 Nähe Rosenthaler Platz
Viele Jahre in Krankenhäusern und Kliniken tätig gewesen
Sprechst. 10–12 u. 4–7. Sonntags 10–12 Untersuchung kostenlos.

Theodor Storm
Meister-Novellen
454 Seiten Text
Inhalts-Verzeichnis:
Immensee / Viola tricolor / Im Schloß Aquis submersus / Carsten Curator / Der Schimmelreiter / Mehrere Gedichte
18 ganzseitige Zeichnungen von Otto Soltau
Ein Stormbildnis von Karl Bauer
Elegant gebunden ..... 16.00 Mark
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2
Breite Straße 8/9
sowie durch alle Filialen der „Freiheit"

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Helfer
Hermann Wolfermann
am 5. April gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 9. April, nachm. 2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder verstorben sind:
Der Bauarbeiter
Bernhard Neubert
am 16. März.
Die Arbeiterin
Emma Wiesner
am 30. März.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 10. April 1921, vormittags 9½ Uhr
Gruppen-Versammlung
der Werkzeugschleifer
in den Humboldt-Sälen, Hufelandstraße 6.
Tagesordnung:
1. „Die Tuberkulose und deren Bekämpfung."
Referent: Dr. Moses.
2. Gruppenangelegenheiten. — 3. Verschiedenes.

Sonntag, den 10. April 1921, vormittags 9½ Uhr
Branchen-Versammlung
aller Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser und weiblichen Berufsangehörigen
in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17/18.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht der Branchenleitung.
2. Neuwahl der Branchenleitung.
3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Nur solche Kollegen und Kolleginnen haben Zutritt, deren Mitgliedsbuch die Branchenzugehörigkeit als Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser ausweist. Die Ortsverwaltung.

Milch- u. Kolonialwarengeschäft
Gute Existenz. Krankheitshalber gegen 2 bis 3 Zimmer (Wohnungstausch) zu verkaufen. Auskunft im Zigarrengeschäft Eldinger Straße 41 nachmittags.

Seifenhändler
Kernseife zu niedrigsten Tagespreisen
Josef Klütgens, Berlin S., Landsberger Str. 102

Botenfrauen
stellt sofort ein
Ausgabe Johannisstr. 9
(Ecke Artilleriestraße)

Wanderkarten
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit"
Breite Straße 8–9.

Groß-Berlin

Durch die Ladeburger Heide

Eine Wanderung, die recht lohnend für Frühaufsteher ist, führt nordwärts von Bernau zum Plötzensee. Wir fahren 5.40 oder 6.40 Uhr früh (Sonntagsfahrplan) vom Stettiner Vorortbahnhof nach Bernau. Die Besichtigung dieser seit 1232 bekannten Stadt mit seinen zum Teil gut erhaltenen Mauern und Türmen sparen wir uns für den Winter auf. Wir verlassen Bernau auf der nach Rüdnitz führenden Chaussee, von der wir jedoch gleich vor der Stadt rechts in einen Feldweg einbiegen, der uns über Felder, an Gärten vorbei, zur Landstraße auf Dorf Ladeburg führt.

Noch ists kühl, und schwer wirds der Sonne, durch den Nebel zu dringen.

In einer knappen halben Stunde ist Ladeburg erreicht. Ein freundliches Dörfchen. Dicknospig umrahmen uralte Kastanienbäume die Kirche. Ein paar Tage scheinbar nur noch und es öffnen sich die Kerzenblüten in ihrer schneeweißen Pracht, auf dem frischgrünen Blatthintergrund einen schönen Anblick bietend. Aber solch alter Kastanienbaum kennt den Vorfrühling und ist vorsichtig. Gegenüber der Ziegelei zweigt ein Weg ab von der Landstraße, die weiter nach Lanke geht. Mitten durch Felder, sandig, zerfahren, ab und zu ein Stückchen Bauernheide durchschneidend, ists ein echter märkischer Feldweg. Trillernd steigt die Lerche in die blaue Morgenluft, jubelnd die Sonne begrüßend, die sich siegreich durch den Nebel gekämpft hat. An einer Weggabelung bleiben wir links. Der Weg durchläuft die riesigen Obstplantagen des „Menschenfreundes“ Bodelschwingh, dessen Trinkerheilstätten Kolonie Lobetal, westwärts Gnadental und rechts bis nach Rüdnitz Hoffnungstal, fast fünf Kilometer sich hinziehen.

Ein paar Schritte und wir stehen am Mechesee. Wenn vom Gnadental nicht die hohe Windturbine störend die Kiefernumrahmung überragte und ein Holzungetüm von Badeanstalt am Ostufer sich breit machen würde, der See wäre schön. Wir rasten ein wenig; freuen uns an den sich vorsichtig hervorwagenden Frühlingsblumen: Wiesenschaumkräuter, Wiesengoldstern, Gänseblümchen, Hainsimse. Es ist schon vieles aufgeblüht in diesem Jahr. Der April findet viel vor, was er verderben kann!

Wir halten uns nun links am Waldrand. Wiesen von Weiden und Haselgebüsch hier und da, freundlich grün der Boden, soweit man sieht, drüben ganz links wieder Bodelschwinghs Windrad. Eine weitere halbe Stunde, immer am Waldrande, und wir stehen vor dem freundlichen Plötzensee. Ringsum zieht sich breit ein Wiesenstreifen, den dunklen Kiefernwald dahin unterstreichend, die Pracht des Buchenwaldes ahnen lassend, der in diesen Tagen seine Knospen zartgrün öffnet. Wir steigen an der westlichen Seite des Sees den Berg hoch und haben von hier einen wunderbaren Blick über See und Wiese. Wir wallen zur Hellmühle. In 20 Minuten stehen wir am Hellsee, der eine tiefe Senkung zwischen steil ansteigenden Hügeln mit seinen Wassern füllt. Ueberall treffen wir hier Wanderer, schönheitsuchende Großstädter, Proletarier meist, erholungheischend, kraftsammelnd in der freien Natur für den Werktagskampf.

Uralt liegt die Wassermühle da, wo das Hellmühlenfließ schnell in den See stürzt. Von Akaziengebüsch freundlich umrankt bietet sie namentlich im Mai ein anheimelndes Bild. Es ist Mittag geworden. Eine Wanderung am rauschenden Hellmühlenfließ entlang, ein Aufsteigen den Höhenzug hinauf, der einen weiten Blick über das hell und zierlich dalliegende Bielenthal gewährt, ist lohnend für rüstige Wanderer.

Wer jedoch gleich in östlicher Richtung, einem Waldweg folgend, bis zum Rüdnitzfließ geht, wird ebenfalls ein abwechslungsreiches Bild in sich aufnehmen können. Geruhig ergeht sich das Fließ in unzähligen Windungen, sumpfiges Wiesenland durchziehend. In voller Blüte Palm- und Saalweide, von Bienen Käfern und andern Honigsuchern eifrig umsummt. An der Langeränner Mühle verbreitet sich das Fließ zu einem kleinen See. Wir folgen getreulich allen Windungen des Wassers, das von hier aus durch Kiefernwald führt, bis zum Dorfe Rüdnitz.

Wenn es uns gefällt, können wir hier einen Einblick in das Leben der Opfer des Volksgiftes Alkohol tun, die in echt christlicher Nächstenliebe hier aufgenommen, verpflegt und beschäftigt werden. Wochentags auf den Obstgärten und Feldern, Sonntags — in der Kirche.

Von Rüdnitz gehts auf angenehmer Chaussee in 1 Stunde nach Bernau.

Für den 6-Uhr-Ladenschluß

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer letzten Sitzung einen Antrag angenommen, der den Magistrat ersucht, die einleitenden Schritte zur Herbeiführung des 6-Uhr-Ladenschlusses zu tun. Mit dieser Stellungnahme hat die Stadtverordnetenversammlung ihr grundsätzliches Einverständnis mit der Forderung der Angestellten des Einzelhandels erklärt.

Der 6-Uhr-Ladenschluß war bereits vor zwei Jahren in Wirksamkeit, und zwar um Kohlen zu ersparen. Unter dem Zwange der damaligen Verhältnisse haben sich die Unternehmer des Einzelhandels mit dem 6-Uhr-Ladenschluß abgefunden. Nachdem die Notwendigkeit der Rücksicht auf unsere Kohlenversorgung fortgefallen ist, sperren sich die Unternehmer gegen die vom sozialpolitischen Standpunkt aus notwendige Forderung des 6-Uhr-Ladenschlusses. Sie begründen ihren Standpunkt damit, daß namentlich die Arbeiterbevölkerung bei Einführung des 6-Uhr-Ladenschlusses nicht die Möglichkeit zur Besorgung ihrer Einkäufe hätte. (!) Nun ist es immer verdächtig, wenn Unternehmergruppen so außerordentlich um das Wohl der Arbeiter besorgt sind. In diesem Falle hat die Arbeiterschaft mit aller wünschenswerten Deutlichkeit wiederholt durch entsprechende Beschlüsse ihrer Vertretungskörperschaften zum Ausdruck gebracht, daß sie mit der Forderung der Arbeiter und Angestellten des Einzelhandels nach Einführung des 6-Uhr-Ladenschlusses durchaus einverstanden ist.

Eine Minderung der täglichen Arbeitszeit hat die Einführung des 6-Uhr-Ladenschlusses nicht zur Folge. Die Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit haben außerdem bewiesen, daß das Publikum auch während der Wirksamkeit des 6-Uhr-Ladenschlusses genügend Zeit zur Besorgung der Einkäufe hatte. Es ist also lediglich mangelndes Verständnis der Unternehmer, wenn sie sich gegen die Einführung des 6-Uhr-Ladenschlusses sperren. Die Gesundheit der Angestellten und insbesondere derjenigen, die während der Kriegszeit in das Berufsleben eingetreten sind, erfordert den 6-Uhr-Ladenschluß, weil die Angestellten nur so die Möglichkeit haben, besonders während der kommenden Sommermonate, die notwendige Erholung zu finden. Wer den Tag über in den Geschäften des Einzelhandels tätig ist und die Anstrengungen des Berufes kennt, der wird den Angestellten das bißchen Luft und Licht gönnen, das sie nur durch die Einführung des früheren Ladenschlusses genießen können. Deswegen werden die Arbeiter und Angestellten des Einzelhandels alle Kräfte darauf verwenden, neben den Bestrebungen auf gesetzliche Festlegung des 6-Uhr-Ladenschlusses auch im Wege des neu abzuschließenden Tarifvertrages zu einer Durchführung dieser Forderung zu gelangen.

An die Angestellten ergeht der Ruf, in den Kreisen ihrer Kollegen und Kolleginnen für diese Forderung zu agitieren und durch Werbung neuer Mitglieder für den Zentralverband der Angestellten für Verstärkung der kämpfenden Angestelltenschaft zu sorgen. An die Arbeiterschaft aber ergeht das Ersuchen, die Angestellten in ihrem Kampfe um den 6-Uhr-Ladenschluß dadurch zu unterstützen, daß sie Einkäufe nach 6 Uhr nicht mehr vornehmen.

Gesamtunterricht in der Groß-Berliner Grundschule

Durch die Ende März erfolgte allgemeine Aufhebung der untersten Volksschulklassen in staatlichen und von den Gemeinden unterhaltenen höheren Lehranstalten treten mit Beginn des neuen Schuljahres alle ABC-Schützen bis auf diejenigen, die eine der vorläufig noch zugelassenen Privatschulen besuchen sollen, in die Grundschule ein. Der Groß-Berliner Lehrplan will vor allem für das erste Schuljahr den sogenannten Gesamtunterricht eingeführt sehen. Man geht dabei von der Erfahrungstatsache aus, daß die Anteilnahme der Sechsjährigen sehr schnell wechselt, und daß die Willenskraft, die noch äußerst schwach ist, nicht hinreicht, die Aufmerksamkeit eine halbe oder ganze Stunde auf denselben Unterrichtsgegenstand zu richten. Der Lehrplan führt aus, daß es nur der Anwendung künstlicher Mittel oder der Ausübung von Zwang gelingen könnte, eine Klasse von Neulingen eine ganze Stunde bei demselben Stoff zu erhalten. Er lehnt dies Unterfangen ab und will die Unterrichtsweise dem schnell wechselnden Anteil der Kinder angepaßt sehen. Daher wird die Fessel des festen Stundenplans abgestreift und der Sachunterricht innerhalb der ganzen täglichen Unterrichtszeit während des Jahres als Gesamtunterricht erteilt. Schule, Familie, Elternhaus und allernächste Umgebung der Schule umschreiben den Inhalt des Sachunterrichts, weshalb bei der Verschiedenheit dieser Gebiete für die einzelne Schule ein allgemeingültiger Plan nicht aufgestellt werden kann. Jeder Lehrer soll sich einen Arbeitsplan selbst schaffen, wird dann aber nicht auf Durchführung dieses Planes bestehen, wenn Ereignisse eintreten, durch die die Gesamtheit der Kinder nach bestimmter Richtung interessiert wird. Damit wird der Sachunterricht zum Gelegenheitsunterricht. Da die Sprache nicht immer das geeignetste Ausdrucksmittel ist, werden für das erste Schuljahr empfohlen: die Geste, das dramatisierende Geschehen, das körperliche Gestalten, nämlich das Formen in Plastilin, Stäbchenlegen, Ausschneiden, das malende Zeichnen und Basteln. Zugunsten einer grundlegenden Ausbildung der geistigen und körperlichen Anlagen des Kindes werden die Formalien (das rein technische Lesen, Schreiben und Rechnen) aus dem ersten Halbjahr verwiesen. Die strenge Unterrichtung soll durch ungezwungene Aussprache ersetzt werden.

Ein solcher Gesamtunterricht stellt ganz erhebliche Anforderungen an das erzieherische Geschick und die Arbeitsfreudigkeit des Lehrers im ersten Schuljahre, um so mehr, als dieser Versuch, der jetzt in Groß-Berlin in Versuchsklassen unternommen wird, von dem für die alte Klassenschule ausgebildeten Lehrpersonal vorgenommen wird. Wenn dieser Gesamtunterricht in dem hier vorgezeichneten Rahmen auch erst ein bescheidener Anfang im Sinne unseres Schulprogramms ist, so begrüßen wir doch diesen ersten Schritt von der alten Klassenschule zur neuen Gemeinschaftsschule.

Bezirksamtseinführung und Neuwahlen

Am Mittwoch fand die Einführung der Mitglieder des 15. Bezirksamts (Treptow), soweit sie bestätigt sind, durch Oberbürgermeister Boeß im Sitzungssaale des Treptower Rathauses statt. Der neue Bürgermeister des 15. Bezirks, Genosse Grunow (U. S. P.), erwiderte in längerer Rede und begrüßte dann seinerseits den stellvertretenden Bürgermeister, Karl Wermuth, und die bestätigten unbesoldeten Stadträte und führte sie in ihr Amt ein. — Im Anschluß an die Feierlichkeit trat die Bezirksversammlung zur Neuwahl der fünf nicht bestätigten Bezirksräte zusammen. Die Bürgerlichen beantragten Vertagung der Wahl, um „tüchtige Fachleute“ durch Ausschreibung der Stellen ausfindig machen zu können. Als diesem Antrage nicht stattgegeben wurde, verließen sie, mit Ausnahme der Demokraten, den Saal. Die Mehrheit der Versammlung trug dem Wunsche des Oberpräsidenten nach Hinzuwahl eines juristisch vorgebildeten Verwaltungsbeamten Rechnung durch die Wahl des bisherigen Bürgermeisters von Adlershof, Dr. Sporleder. Außer ihm wurden die folgenden politischen Bezirksräte wiedergewählt: Kißner-Treptow (S. P. D.), Peters-Alt-Glienicke (U. S. P.), Steuer-Johannisthal (S. P. D.), Bengsch-Oberschöneweide (U. S. P.). Der Schluß der Sitzung war durch die Beratung einer Interpellation über die Verteuerung der Milchpreise ausgefüllt.

Die Bezirksverordnetenversammlung des 3. Verwaltungsbezirkes Wedding trat gestern zusammen, um zum zweiten Male die Wahl der besoldeten Stadträte zum Bezirksamt vorzunehmen. Namens des Fünfzehnerausschusses berichtet Pattloch und empfiehlt Wiederwahl der vom Oberpräsidenten nicht bestätigten Kandidaten, mit einer einzigen Ausnahme, an dessen Stelle Magistratsrat Dr. Rieß den Bezirksverordneten empfohlen wird. Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft erklärte, sich an der Wahl nicht zu beteiligen, da das Bezirksamt rein politisch aufgezogen ist. Die Bürgerlichen verlassen den Saal. Die Kommunisten schlagen als Fachmann ihr Mitglied Dr. Herzfeld vor. Gewählt werden dann Dr. Rieß mit 36 sozialistischen Stimmen; von den Unabhängigen, mit Ausnahme des schon amtierenden Bürgermeisters Leid: Werkzeugmacher Blaschick, Ingenieur Bock, Lehrer Kulisch; Otto Frank (S. P. D.) und von der V. K. P. D. Rich. Schmidt.

Wegen umfangreicher Unterschlagungen

Der verhaftete Direktor der KVG. (Kleiderverwertungs-Gesellschaft) Novarra soll sehr für seine Tasche gearbeitet haben. In welchem Umfange das geschehen ist, muß noch festgestellt werden. Dieser Herr Novarra hat es verstanden, Karriere zu machen. Während des Krieges hat er die berühmte Kleiderverwertungsgesellschaft ins Leben gerufen, natürlich mußte Herr Novarra Direktor werden. Und als dann die Stadt selber sich der Sache annehmen mußte, ging es ohne Herrn Novarra nicht.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermanie Zur Mühlen

Copyright by Verlag Neues Leben, Berlin-Halensee 1921

(27. Fortsetzung)

(Nachdruck verboten)

Peter arbeitete noch immer im Bureau des Verteidigungskomitees. Der Prozeß sollte beginnen, der Kampf zwischen den beiden Riesen hatte seinen Höhepunkt erreicht. Der Staatsanwalt, der durch den Prozeß Gouverneur des Staates zu werden hoffte, wurde von einem halben Dutzend der geriebensten Rechtsanwälte der Stadt unterstützt; alle Auslagen wurden von den großen Geschäftsleuten getragen. Ein Heer von Detektiven war an der Arbeit, im Gerichtshof wimmelte es von Spionen und Agenten. Jeder der eventuellen Geschworenen war katalogisiert worden, seine Schwächen und Vorurteile notiert, sein Charakter, seine und die finanzielle Lage seiner Verwandten und Freunde studiert worden. Peter deuchte es, ganz American-City sei gedungen, um Jim Goober an den Galgen zu bringen.

Peter erhielt jetzt wöchentlich fünfzig Dollars, alle Ausgaben bezahlt und eine Extraentlohnung für besondere Informationen. Fast täglich erfuhr er neue wichtige Dinge und übermittelte sie abends Mc. Givney. Die Staatsanwaltschaft hatte ein Geheimbureau, in dem sich ein Telephon befand, Kuriere eilten hin und her, damit kein Telephongespräch belauscht werden könne. Peter begab sich in ein Hotel, nannte die geheime Nummer, dann seine eigene: sechs, zweiundvierzig. Alle Angestellten waren mit Nummern benannt, desgleichen die wichtigsten Entlastungs- und Belastungszeugen; der Name Goober wurde niemals telephonisch erwähnt.

Sobald der Prozeß begann, wollte niemand mehr im Verteidigungskomitee-Bureau arbeiten, jeden verlangte es, im Gerichtshof zu sein. Alle fünf Minuten erschien jemand und brachte die neuesten Nachrichten. Die Staatsanwaltschaft hatte den Polizeireport für ungültig erklärt, weil ihr Hauptentlastungszeuge einst ein Negerbordell besessen hatte. Etliche Gegenstände wurden vorgewiesen, die nach dem Attentat angeblich auf der Straße gefunden worden waren, so eine Schraube, von der behauptet wurde, sie habe zu der Bombe gehört, doch stellte es sich heraus, daß sie ein Bestandteil eines Telephons war. Auch Teile einer Uhr spielten eine Rolle, doch hatte hier Uebereifer geschadet und die Teile zweier Uhren zusammengesetzt! Derartiges ereignete sich täglich.

29.

Peter wurde in Andrews Bureau belehrt, wie er sich als Zeuge zu verhalten habe; er sollte in zwei oder drei Tagen an die Reihe kommen. Doch hatte Peter keineswegs die Absicht, als Zeuge aufzutreten, hatte dies bloß vorgegeben, um die Gunst des Bureaus nicht zu verlieren. Aber er wußte noch nicht, wie er sich aus der Schlinge ziehen solle. Er aß gerade zu Mittag, als ihm ein Ausweg einfiel. Aufgeregt verschluckte er sich an einem Bissen, sprang von seinem Stuhl auf und hastete ins Freie. Dies war sein erster genialer Einfall; bisher hatte Mc. Givney alle Pläne entworfen, nun aber würde Peter der Herr sein. Weshalb mußte er stets Vorschriften befolgen, hatte er doch selbst einen Verstand! Er teilte Mc. Givney seinen Plan mit. Dieser nahm ihn mit derartiger Begeisterung auf, daß Peter sofort eine Lohnerhöhung verlangte und auch erhielt.

Der Plan hatte den doppelten Vorteil, daß er nicht nur Peters Ruf bei den Roten rettete, sondern auch Mc. Cormick, einen der gefährlichsten Roten und Arbeiter des Verteidigungskomitees und überdies Peters persönlichen Feind, ins Verderben stürzte. Mc. Givney zog an seinen geheimen Schnüren, und die „Times“ erwähnte ein Gerücht, demzufolge einer der Entlastungszeugen behauptete, er sei im Gefängnis gefoltert worden, damit er wider Goober falsch aussage. Die Staatsanwaltschaft habe das Vorleben dieses Zeugen erforscht und entdeckt, er habe kürzlich ein junges Mädchen verführt, das sich getötet habe, weil er sich weigerte, es zu heiraten. Peter brachte ein Exemplar der „Times“ in Andrews Bureau und erklärte, nun könne er nicht mehr als Zeuge auftreten. „Es ist eine schmutzige, feige Lüge“, behauptete er. „Und der Mann, der sie verbreitet hat, ist Mc. Cormick.“

Der arme Andrews tat sein möglichstes, um die Sache wieder gutzumachen, redete Peter zu; war die Geschichte erlogen, so müsse Peter froh sein, ihre Unwahrheit beweisen zu können. Sadie Todd würde die Anklage widerlegen.

„Aber Sadie verdächtigt mich“, meinte Peter.

„Ja“, entgegnete Andrews. „Doch sagte sie mir unlängst, sie sei ihrer Sache nicht gewiß.“

„Das nützt mir wenig“, warf Peter ein. „Man wird mich fragen, ob jemand mich dieser Tat beschuldigt hat, und ich werde Mc. Cormick nennen müssen. Wird er auf der Zeugenbank leugnen, daß er es war?“

Peter tobte wider Mc. Cormick; ein schöner Radikaler, gibt vor, der Sache völlig ergeben zu sein und hat nichts Besseres zu tun, als grausame Verleumdungen gegen einen Genossen zu verbreiten! Seit sechs Monaten arbeite Peter für die Sache, lebe unter Entbehrungen, und nun solle er vor der ganzen Welt als Schurke bloßgestellt werden. „Nein“, sagte Peter. „Ich bin mit dieser Angelegenheit fertig. Schickt Mc. Cormick als Entlastungszeugen, möge er Goobers Leben retten; mich könnt Ihr nicht benützen, ich bin als Zeuge erledigt.“ Er verschloß seine Ohren den Bitten des Advokaten, eilte aus dem Bureau und führte im Verteidigungskomitee die gleiche Komödie auf.

30.

Derart wurde Peter vom Goober-Prozeß frei, was ihn hoch erfreute. Er war der ewigen Spannung überdrüssig, sehnte sich nach Ruhe und etwas Vergnügen. Seine Taschen waren voller Geld, in der Bank besaß er ein hübsches Konto; zum erstenmal in seinem einsamen, schweren Leben konnte er sich gut gehen lassen.

Dies tat er denn auch. Er hatte Mc. Givneys Rat befolgt und sich „ein anderes Mädchen“ gesucht. Es war dies eine weltliche, angenehme, kleine Idylle. Um sie recht zu verstehen, muß man wissen, daß es in American-City auch weibliche Geschworene gab. Die viel beschäftigten Geschäftsleute wollten nicht allzuviel Zeit im Gericht verlieren, waren auch dagegen, daß ihre Angestellten dies taten, und so entwickelte sich allmählich eine Klasse Menschen, die als Geschworene ihr Leben verdienten. Sie umlungerten das Gerichtsgebäude, erhielten sechs Dollars täglich und konnten mit ein wenig Geschicklichkeit zu allerlei Nebeneinnahmen gelangen.

Zum Goober-Prozeß drängte sich eine große Menge dieser Leute, hier gab es viel Geld und auch Ruhm zu verdienen. Peter befand sich im Gerichtssaal, als eben eine schön gekleidete, reizende kleine Brünette befragt wurde. Sie schien eifrig bestrebt, es sich mit keiner der beiden Parteien zu verderben. Sie wußte nichts von dem Fall, hatte nichts darüber gelesen, kümmerte sich nicht um soziale Probleme; auf Grund dieser Tatsachen wurde sie von der Staatsanwaltschaft angenommen. Dann jedoch legte sich die Verteidigung ins Mittel, und es stellte sich heraus, sie habe einmal erklärt, alle Arbeiterführer müßten an die Wand gestellt werden. Sie wurde von der Verteidigung abgelehnt und setzte sich betrübt neben Peter. Er sah, daß in ihren Augen Tränen schimmerten und wagte es, ein Wort der Teilnahme zu sprechen. Sie freundeten sich rasch an und gingen zusammen Mittag essen.

(Fortsetzung folgt.)

Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats teilt dazu mit: „Der Geschäftsführer Novarra der KVG. ist in Untersuchungshaft genommen worden, weil sich herausgestellt hat, daß er Geschäfte für sich getätigt hat, die er für die KVG. hätte abschließen müssen. Er hat sich Waren, die ihm von anderen Stellen für die KVG. angeboten waren, selbst gekauft und hierbei verdient. Kassenbestand und Lager der KVG. sind in keiner Weise geschädigt. Die Verhaftung erfolgte im Einverständnis mit der städtischen Behörde, die bereits mehrere Tage mit der Sache befaßt war und noch am gestrigen Tage ihre Rechnungsprüfung zur KVG. entsandte."

Von anderer Seite wird uns hierzu mitgeteilt: „Die bürgerliche Presse teilt mit, daß man in der Wohnung des Verhafteten eine Million Mark in bar gefunden und beschlagnahmt habe. N. war 23 Jahre bei der Firma Israel tätig und leitete hier das Reklame- und Inseratenwesen. Er geriet in eine Ehekrrung und wurde entlassen. Dann trat er bei der Firma Greve ein, mußte aber auch hier schon nach kurzer Zeit die Tätigkeit in dieser Buchdruckerei aufgeben. Nun machte er allerlei Gelegenheitsgeschäfte und ging endlich „übern großen Teich". 1914 beglückte er wieder Deutschland mit seiner Gegenwart. Zuletzt sammelte er Annoncen für die Buchdruckerei W. Pormetter. Auch diese Stellung mußte er unter ungünstigen Vorkommnissen verlassen. Der Krieg brachte N. an die sogenannte Oberfläche. Aus dem Annoncensammler ohne Warenkenntnisse wurde über Nacht der kaufmännische Direktor der KVG. Seine Protektoren waren der ehemalige Stadtrat Maaß und der rechtssozialistische Stadtverordnete Alexander Fröhlich, der auch zum Kuratorium für das Anschaffungsamt gehörte. Die Partei des Herrn Fröhlich tritt mit besonderer Bravour für Fachleute ein. Der Annoncensammler Franz Novarra war wiederholt mit seinem Beschützer Fröhlich im Roten Hause, um als — Direktor des Anschaffungsamts besonders empfohlen zu werden. Bald dürfte er Wolle zupfen."

Gustav Köhler. Wieder hat die Bewegung durch das Ableben eines braven Genossen einen schweren Verlust zu verzeichnen. Am 6. April starb nach einundeinhalbjährigem schweren Leiden der besonders unseren Moabiter Genossen wohlbekannte Genosse Gustav Köhler, Wittstocker Str. 19. Die nimmermüde, namentlich in der Kleinarbeit vorbildliche parteigenössische Wirksamkeit ist unseren Mitgliedern bekannt. Jahrelang hat er den Posten eines Bezirksführers bekleidet, bis der Krieg eine Verschlimmerung seines Leidens brachte. Nun hat der Tod seinem Wirken ein Ziel gesetzt. 48 Jahre alt ist Gustav Köhler geworden. Er hat es verdient, daß die Genossen sich möglichst vollzählig an seiner Bestattung beteiligen, um dem nimmermüden Kämpfer die letzte Ehrung zu erweisen. Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 9. d. M., nachmittags ¾4 Uhr, im Krematorium, Gerichtsstraße, statt.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Kursus „Erörterung praktischer Schul- und Erziehungsfragen" muß am kommenden Sonntag ausfallen, da der Vortragende, Genosse Löwenstein, wegen Teilnahme an einem Kongreß in Dresden verhindert ist.

Milchlieferung. Am Freitag, den 8. und Sonnabend, den 9. ds. Mts., werden auch die „DIII"-Karten mit ¼ Liter Frischmilch beliefert. Am Freitag, den 8. ds. Mts., werden die ¼-Liter-Krankenkarten mit Frischmilch bedient, mit Ausnahme des Bezirks V. (Westen und westliche Vororte, Wilmersdorf, Halensee, Friedenau, Steglitz, Lichterfelde, Schmargendorf, Lankwitz, Dahlem, Schlachtensee, Zehlendorf.) Als Ersatz für die fehlende Frischmilch im Bezirk V wird ¼ Liter Emulsionsmilch verausgabt. Am Sonnabend, den 9. ds. Mts., werden die ¼-Liter-Krankenkarten mit Frischmilch bedient, mit Ausnahme des Bezirks III (Nordwesten, Charlottenburg, Plötzensee). Die übrige Belieferung bleibt wie bisher. Die angegebene Belieferung bezieht sich nicht auf die seit dem 1. Oktober 1920 neu zu Berlin hinzugekommenen Gemeinden, soweit sie nicht bereits dem Milchamt Berlin angeschlossen sind.

Die Verteilung der Lebensmittel der Kinderschutzkommission findet folgende Tage statt: Montag, den 11. 4., von 1 bis 300, Dienstag, den 12. 4., von 300 bis 600 auf dem Städtischen Schlachtviehhof, Eingang Landsberger Allee, Speicher B, in der Zeit von 10 bis 2 Uhr. Eimer oder Gefäße sind mitzubringen.

Das Städtische Brause- und Wannenbad in der Gartenstr. ist dem Verkehr wieder übergeben worden. Badezeiten sind täglich von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Die mit Tabak bepflanzten Grundstücke sind dem zuständigen Hauptzollamt oder Zollamt spätestens bis zum 15. Juli d. Js. mit der Fluranmeldung anzumelden. Für Grundstücke, die erst nach diesem Zeitpunkte bepflanzt werden, hat die Anmeldung spätestens am 3. Tage nach dem Beginn der Bepflanzung zu erfolgen. Vordrucke zu den Fluranmeldungen werden von dem betreffenden Hauptzollamt oder Zollamt unentgeltlich verabfolgt.

Unwissenheit oder Absicht. Zu dieser Notiz, die wir in Nummer 158 am Donnerstag früh veröffentlichten, teilt uns das Polizeipräsidium mit, daß die von uns beanstandete Bemerkung auf den Führungszeugnissen auf Veranlassung des Ministeriums des Innern ganz allgemein bei allen Führungszeugnissen gemacht wird. (Um so schlimmer! D. Red.) Den Vorwurf, den wir dem Polizeipräsidium machten, müßten wir also an das Ministerium des Innern richten. Hoffentlich erhalten wir von dort die Nachricht, ob Unwissenheit oder Absicht die Ursache ist.

Raubüberfall mit Todesausgang. Ein Raubüberfall, der in der Neuen Königstraße am Mittwoch vormittag verübt wurde, hat dem Ueberfallenen das Leben gekostet. Der 15 Jahre alte Lehrling Georg Gohlke aus der Oderstraße 37 zu Neukölln war in den Neuen Kartonagenwerken von Gohlke und Komp. in der Sebastianstraße 7, deren Mitinhaber sein Vater ist, beschäftigt. Mittwoch vormittag hob er für die Firma auf dem Postscheckamt in der Dorotheenstraße 2900 Mark ab. Mit dem Geld in der Manteltasche fuhr er nach dem Alexanderplatz. Von dort ging er zu Fuß durch die Neue Königstraße, um in dem Hause Nr. 71 Geld auszuzahlen. Vor dem Hause Nr. 66 erhielt er von einem unbekannten Manne, der ihm ohne Zweifel vom Postamt her gefolgt war, einen Stoß, so daß er in den Hausflur flog und hier einen Schlag auf den Kopf, der so wuchtig war, daß er besinnungslos zusammenbrach. Als er schon nach ganz kurzer Zeit wieder zu sich kam, war der Mann mit dem Gelde, daß er ihm aus der Manteltasche gestohlen hatte, verschwunden. Der Beraubte begab sich gleich nach dem Polizeipräsidium und machte Anzeige. Als er nach Hause kam, zeigten sich schon bedenkliche Spuren einer Gehirnerschütterung. Der Zustand verschlimmerte sich bald, und im Laufe der Nacht starb der junge Mann. Seine Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht. Die Nachforschungen nach dem Räuber hatten noch keinen Erfolg. Auf seine Ergreifung sind 3000 Mark Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen sind zu richten an Kriminalkommissar Geissel, Zimmer 133, Hausanruf 490.

Tödlicher Ausgang einer Schießerei. In der vorletzten Nacht gerieten die beiden Zeitungsboten Fritz Pattloth und Johann Japinsky in Streit, in dessen Verlaufe Japinsky eine Pistole zog und zwei Schüsse auf P. abgab, die ihn lebensgefährlich verletzten. Nachdem J. sah, was er angerichtet hatte, richtete er die Waffe gegen sich selbst und jagte sich eine Kugel durch den Kopf. Die beiden Boten waren seit Anfang dieses Monats nach Unterschlagung von 1000 Mark flüchtig geworden. Nachdem sie das Geld durchgebracht hatten, kam man ihrem Treiben auf die Spur. Sie gerieten bezüglich ihrer neuen Pläne und ihrer eventuellen Aussage bei der Verhaftung in einen heftigen Wortwechsel, in Verlauf dessen Japinsky die verhängnisvollen Schüsse gegen seinen Kameraden und sich selbst abgab. Beide wurden nachmittags in das Jüdische Krankenhaus eingeliefert. J. starb bald nach der Einlieferung. Der Zustand Pattloths ist sehr bedenklich.

Der Leichenfund an der Schmöckwitzer Chaussee. Gestern morgen wurde in der Nähe des Bahnhofes Grünau an der Chaussee nach Schmöckwitz die Leiche eines etwa 40 Jahre alten Mannes gefunden. Der erste Augenschein ließ einen Mord vermuten. Die nähere Untersuchung ergab jedoch, daß kein Kapitalverbrechen vorliegt. Die Persönlichkeit des Toten konnte noch nicht festgestellt werden, da keinerlei Ausweispapiere bei ihm gefunden wurden.

Gewerkschaftliches

Zu den Arbeitsgemeinschaften

In der Nummer vom 27. März der „Freiheit" berichteten wir über die Tagung des engeren und erweiterten Vorstandes, des Verbandsausschusses und der Vertreter der Gau- und Ortsvorstände der Transportarbeiter in Berlin, die sich mit wichtigen organisatorischen Fragen beschäftigte.

Besonderes allgemeines Interesse erweckte der Beschluß zur Haltung gegenüber der Arbeitsgemeinschaft, in welchem gesagt wird, daß diese **„nach wie vor als ein geeignetes Mittel zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Berufsangehörigen betrachtet wird. Die Tagung erblickt die Bedeutung und den Wert der Mitarbeit der Arbeitnehmervertreter in der Arbeitsgemeinschaft nicht allein in den dadurch erzielten positiven Erfolgen bezüglich Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft, sondern auch in der erfolgreichen Abwehr von Verschlechterungen."**

Es ist festzustellen, daß dieser Beschluß nicht von der Ortsgruppe Berlin des Transportarbeiterverbandes stammt, sondern eben von obiger Konferenz. Die Zentrale des Transportarbeiterverbandes selbst ist in rechtssozialistischen Händen, und es charakterisiert ihre Vertreter, heut noch eine solche Entschließung zu formulieren, die dann leider noch angenommen wurde. Dazu ist aber zu bemerken, daß dieser Beschluß, für den 80 Anhänger stimmten, 44 gegnerische Stimmen aufbrachte, eine Zahl, die erfreulich ist, wenn wir bedenken, daß die Zeit nicht lange her ist, wo es überhaupt unmöglich war, gegen die Arbeitsgemeinschaft öffentlich innerhalb des Verbandes aufzutreten und zu sprechen. Betrachten wir ferner, daß verschiedene Verbände bereits ihre Erfahrungen auf diesem Gebiete gemacht haben, daß insbesondere die Textilarbeiter, wie wir kürzlich bei Besprechung ihrer Denkschrift der 46-Stunden-Woche an dieser Stelle mitteilten, mit der Arbeitsgemeinschaft ein völliges Fiasko erlitten und daß in letzter Zeit verschiedene Angestelltenverbände sich prinzipiell und grundsätzlich gegen die Arbeitsgemeinschaften gewandt haben, so ist es uns noch unverständlicher, wie man angesichts aller bisher gemachten Erfahrungen — nichts gelernt hat.

Zu verschiedenen Malen hat auch die Ortsgruppe des Transportarbeiterverbandes in Berlin sich zu den Arbeitsgemeinschaften ausgesprochen, und einstimmig wurde schon am 8. Dezember 1919 in einer Generalversammlung folgende Entschließung gefaßt:

„Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin verurteilt das Vorgehen des heutigen Vorstandes und den Abschluß der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern. Die Generalversammlung beauftragt die Ortsverwaltung, alle Schritte zu unternehmen zur Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages. Die Generalversammlung sieht in den Arbeitsgemeinschaften nur ein Mittel, die Gewerkschaftsorganisationen den Interessen des Unternehmers dienstbar zu machen. Die Delegierten der Verwaltungsstelle Berlin lehnen jede Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern ab."

Der erweiterte Vorstand aber und der Verbandsausschuß in ihrer Mehrheit haben den dokumentarischen Nachweis geliefert, daß sie die bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiete ignorierten und die Zeichen der Zeit nicht zu deuten verstehen. Aber angesichts des Fortschrittes in bezug auf die Stimmenzahl ist zu hoffen, daß es nicht lange mehr währen wird, bis die Majorität der Transportarbeiter diese ihre Stellungnahme fallen lassen wird. Aber unseren Genossen obliegt die Pflicht, innerhalb des Verbandes aufklärend zu wirken und jenen rechtssozialistischen Gewerkschaftern, deren Unverständnis keine Grenzen hat, zu zeigen, wo der Zimmermann das Loch geschlagen hat.

Unsern Genossen sei zum Schluß noch in Erinnerung gebracht, **daß sie nach Parteibeschlüssen verpflichtet sind, gegen die Arbeitsgemeinschaften sich zu wenden.**

Eine noble Firma

Uns wird geschrieben:

Das Kaufhaus Rudolph Hertzog, das sich den Ruf „Weltfirma" errungen hat, sucht auch für das Wohl seiner Angestellten und Arbeiter zu sorgen. Bei jeder Gelegenheit bringt dies der Prokurist, Herr Gohlke, zum Ausdruck. Es ist daher notwendig, festzustellen, wie das Entgegenkommen der Firma den Angestellten und Arbeitern gegenüber in Wirklichkeit aussieht. Jahrzehntelang hat es die Firma verstanden, auf Grund ihrer „Wohlfahrtseinrichtung" (Pension), die den Angestellten im Alter ein Ruhegehalt gewähren soll, bei der Einstellung der einzelnen Arbeitnehmer niedrige Löhne zu zahlen, die man direkt als Hungerlöhne bezeichnen kann. Besonders hatten darunter in der Schneiderei die Tagschneider zu leiden, die mit Anfangsgehältern von 75 bis 80 M. monatlich bezahlt wurden, während die Berufskollegen wöchentlich 27 bis 30 M. seinerzeit verdienten. Als die Tagschneider bei der Geschäftsleitung vorstellig wurden, diesem Uebelstande abzuhelfen, hat man alle Hebel in Bewegung gesetzt, denselben von den tariflichen Forderungen abzuraten, indem man auf die Pension anspielte. Der Prokurist, Herr Gohlke, rechnete dabei eine Summe von 30 bis 40 M. vor, die sich die Tagschneider insgesamt besser stehen würden als ihre Berufskollegen. Diese Maßnahme der Firma wurde mit dem Einwand gewürzt, vor Augen geführt, daß die Arbeiter jahraus, jahrein Arbeit hätten. Durch solche Argumente hatten sich die Tagschneider von ihren Forderungen abdringen lassen, was sich jetzt bitter rächt. Denn von den versprochenen und zugesicherten Brocken wird nichts gehalten. Zudem tut sich der jetzige Aufseher gegenüber den Tagschneidern in schikanösen Manieren sehr hervor. Während er früher seine revolutionäre Gesinnung jeden Augenblick zum Ausdruck brachte, tut er jetzt das Gegenteil. Seit August v. Js. sind die Tagschneider auf die halbe Arbeitszeit gesetzt. Sie müssen wöchentlich mit 133 M. nach Hause gehen. Alle Vorschläge seitens der Arbeitnehmer scheiterten an dem hartnäckigen, reaktionären Widerstand der Firma. Man versucht auch, trotzdem man Arbeit für diese Kategorie hat, derselben künstlich die Arbeit zu entziehen. Es ist geradezu skandalös, wie hier eine Arbeitergruppe nahezu dem Verhungern preisgegeben wird, von einer Firma, die doch angibt, „Weltruf" zu besitzen.

Wir hoffen, daß der Einsicht besserer Teil bei der Firma Hertzog angesichts dieser kleinlichen Methoden gegenüber ihren Arbeitern siegt und den Forderungen derselben entsprochen wird.

Landarbeiterstreik in Polen

Nachdem die Verhandlungen des Landarbeiterverbandes mit dem Gutsbesitzerbund über die Grundlagen zur Regelung des Lohn- und Dienstverhältnisses sich zerschlagen haben, sind Gebietsweise Landarbeiterstreiks ausgebrochen, so in den Posener Kreisen Thornik, Samter und Neutomischel, sowie im Landkreis Posen-West; ferner in den kongreßpolnischen Kreisen Groicy, Kalisch, Konin, Slutzk, Szrezk, Mazowiecz und Rawa.

Zum Streik der Stuck- und Gipsbaubranche

In welcher unerhört skrupellosen Weise Leben und Gesundheit von Menschen aufs Spiel gesetzt werden, wenn es gilt, den schon berechneten Unternehmerprofit nicht zu schmälern, beweist ein Fall, der aus dem „Luna-Park, Halensee" gemeldet wird. Dort werden an der Gebirgsbahn Umbauten, Drahtputzarbeiten ausgeführt, welche, da die Arbeiter der Gipsbaubranche sich im Streik um die Festlegung ihres am 31. März abgelaufenen Tarifs befinden, von dem Zimmermeister Jacobi und seinem kaum den Kinderschuhen entwachsenen Sohn hergestellt werden. Diese Arbeiten, Rabitzwände, Erhöhung der Gebirgsbahn in der Höhe von 18—20 Metern, sind nun, wie von den die Kontrolle ausübenden Arbeitern der Gipsbaubranche gemeldet wird, so unerhört fahrlässig ausgeführt, daß ein mehr oder weniger großes Unglück unausbleiblich ist. Man steht hier eben wieder, daß dem Unternehmertum jedes Mittel recht ist, wenn es gilt, berechtigte Forderungen von Arbeitern zu hintertreiben; es erscheint angebracht, daß sich die zuständige Baupolizei die fraglichen Arbeiten mal ansieht.

Die Sektionsleitung.

Verband der Theater-Kapellmeister

Spät, aber doch endlich, haben sich die Theaterkapellmeister entschlossen, für die künstlerischen und wirtschaftlichen Fragen ihres Standes einen festigenden Rückhalt zu suchen und so hat sich in Berlin der **Verband Berliner Theater-Kapellmeister** gegründet, welcher der Deutschen Bühnengenossenschaft als Ortsgruppe Berlin angegliedert ist.

Zum 1. Präsidenten wurde gewählt: Julius Einödshofer, zum 2. Präsidenten Hugo Moesgen, zum Schriftführer Willy Bredschneider, zum Kassenwart Louis Ital und zu Beisitzern Herr E. Hauke und Max Roth. Der Verband verfolgt zunächst lokale Ziele und ist bereits mit der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Bühnenvereins (das sind die Berliner Theaterdirektoren) in Verhandlungen eingetreten, die durch den Bezirksverband Berlin der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger unterstützt werden.

Bauarbeiter! Der seit dem 14. Februar 1921 dauernde Streik der Brunnenbauer und Helfer ist am 4. April durch Verhandlung beigelegt. Wenn auch nicht alles errungen ist, was sich die Kollegen zum Ziel gesteckt hatten, so kann man doch mit dem Resultat zufrieden sein. Erhalten doch die Kollegen noch zwanzig Pfennig mehr, als wie der Schiedsspruch diesen zugesprochen hatte. Leider fanden sich auch bei diesem Streik Elemente, die ihren Kollegen in den Rücken fielen. Man ersieht hieraus, daß ein Teil der Arbeiterschaft den Wert der Organisation noch nicht erkannt hat. Daher ist es Pflicht eines jeden Kollegen, seine ganze Kraft aufzubieten, um auch diesen Leuten klarzumachen, daß nur durch die geschlossenen Reihen der Kollegenschaft der Herrenstandpunkt der Unternehmer gebrochen werden kann.

Hilfsangestellte im Buchhandel. Die am 31. März tagende Gruppenversammlung der im Berliner Buchhandel beschäftigten Markthelfer und Packer nahm zu den seitens des Arbeitgeberverbandes und der Lohnkommission der Arbeitnehmer gemachten Vorschlägen Stellung. Die Versammelten nahmen mit Befriedigung Kenntnis davon, daß der Arbeitgeberverband seinen so stark provozierenden Standpunkt betreffs des Ultimatums verlassen hat und nunmehr sich doch zu erneuter Verhandlung bereit erklärte. Die auf Grund der stattgefundenen Verhandlung mit den Arbeitgebern seitens der Lohnkommission gemachten Vorschläge I und II und der seitens der Arbeitgeber gemachte Vorschlag III wurden der Versammlung zur Entscheidung unterbreitet. Auf Antrag der Versammlung wurde hierüber eine geheime Abstimmung in den Betrieben vorgenommen, die eine übergroße Mehrheit für den Vorschlag I ergab. Nur 1 Prozent der abgegebenen Stimmen erklärte sich für Vorschlag II und III, während 30 Prozent alle Vorschläge ablehnten, weil ihnen dieselben nicht weit genug gingen, um hierdurch die bei den Markthelfern und Packern vorhandene außergewöhnliche Notlage zu beheben. Die Arbeitnehmer sind sich über ihre eigene Lage sowohl wie über die Lage der Arbeitgeber vollständig im klaren, und wissen, daß ein großer Teil der Arbeitgeber einsichtig genug ist, um die schwere wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verstehen. Dieser Teil der Arbeitgeber steht auch den Forderungen ihrer Arbeitnehmer nicht unsympathisch gegenüber. Es wäre daher auf das Aeußerste zu bedauern, wenn durch die Starrköpfigkeit einzelner Arbeitgeber die Verhältnisse sich so zuspitzen, daß es zum Kampf kommt. Keinesfalls sind die Arbeitnehmer gewillt, auf dieses letzte Mittel zu verzichten, wenn es gilt, mit Hilfe ihrer Organisation ihren berechtigten Forderungen Geltung zu verschaffen.

Buchbinderverband. Der Streik in der Luxuspapierfabrik Kutzner u. Berger, Lottumstr. 10, ist nach 5½ Wochen mit vollem Sieg der Arbeiterschaft beendet. Die Zahlung der tariflichen Löhne und Einhaltung aller anderen Bestimmungen ist unterschriftlich anerkannt. Des weiteren werden die ab 1. Januar geltenden Lohnzulagen nachgezahlt.

Die Leitung der Luxuspapierbranche.

Kartell im Gastwirtsgewerbe. Am Freitag, den 8. April 1921, nachmittags 4½ Uhr, findet bei Schulz, Am Königsgraben 2, eine Vollversammlung aller Maschinisten, Heizer und Handwerker des Gastwirtsgewerbes statt. Tagesordnung: „Unsere Lohn-Bewegung."

Das Kartell.

Die Bewegung unter den Beamten und Angestellten in der Land- und Forstwirtschaft hat trotz aller Ungunst der Verhältnisse bereits beachtenswerte Fortschritte zu verzeichnen. Trotz aller Bestrebungen der Arbeitgeberkreise und der oberen Beamtenschichten, soweit letztere in seinen Pfründen sitzen, wächst die Erkenntnis immer mehr, daß im Fahrwasser der gelben Organisationen sich die notwendige Verbesserung der Lebens- und Anstellungsbedingungen nicht durchführen läßt. Ueberall dort, wo es möglich war, die nötige Aufklärung zu geben, mehren sich die Anhänger der freigewerkschaftlichen Richtung von Tag zu Tag. Um nun auch die noch fernstehenden Kreise mit Agitationsmaterial versehen zu können, bittet der **Verband land- und forstwirtschaftlicher Angestellter**, Berlin SW48, Enckeplatz 6, alle Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, ihn bei der Sammlung von einschlägigem Adressenmaterial zu unterstützen und dieses an die vorher benannte Adresse einzusenden. Es kommen dafür vornehmlich in Frage die Adressen von Direktoren, Administratoren, Inspektoren, Rechnungsführern, Eleven, Rentmeistern, Verwaltern, Gutssekretären, Statthaltern, Forst-, Brennerei-, Trocknerei-, Molkereibeamten und Angestellten.

Aus den Organisationen

4. Bezirk. Eltern, deren Kinder in die 237. Gemeindeschule, Böhmstr. 60, gehen, wollen ihre Adresse sowie Unterschrift zur Einreichung der Kandidatenliste zur kommenden Elternbeiratswahl am 24. 4. sofort bei Gen. Wenniger, Böhmstr. 62, abgeben.

Reinickendorf-Ost. Die Genossinnen werden ersucht, die „Kämpferin" in der „Freiheit"-Expedition abzuholen.

Frau Minna Kaufmann.

Freitag, 8. April

5. Bezirk, 9. Abteilung. Der Vortrag des Genossen Schneider fällt aus, dafür Beteiligung an der Sitzung in der Arbeiterbildungsschule, Breite Str. 35.

13. Bezirk, 3. Abteilung. Abends 7 Uhr Funktionärkonferenz bei Reich, Emmendinger Str. 20.

15. Bezirk. Die Parteigenossen, die an der Grundsicherung des Genossen Köhler teilnehmen, treffen sich um 3 Uhr bei Krüger, Pyritzer Str. 10.

18. Bezirk. Agitationskommission. Sämtliche Obleute erscheinen abends 7 Uhr zu einer Sitzung bei Grell, Bellermannstr. 34.

19. Bezirk. Abends 7½ Uhr Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderschutzkommission bei Schulz, Steltzner Str. 42.

Reinickendorf-West. Abends 8 Uhr Sitzung der Frauen- und Kinderschutzkommission.

Niederschöneweide. Abends 7½ Uhr findet im Lokal von Weber, Britzer Str. 17, eine Sitzung sämtlicher Funktionäre statt. Pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Sonnabend, 9. April

4. Verwaltungsbezirk (Prenzlauer Tor). Abends 6 Uhr Fraktionssitzung im Bezirksamt, Kniewerk Pfalzburger.

5. Bezirk. Abends 7 Uhr Funktionärkonferenz im Gewerkschaftshaus, Saal 5. Sämtliche Funktionäre müssen anwesend sein.

14. Bezirk. Abends 7½ Uhr Vorstandssitzung bei Brehme, Melanchthonstr. 23.

Vereinskalender

Sonnabend, 9. April

Bund der Bäcker-Meisterinnen. Abends 7 Uhr Vorstandskonferenz sämtlicher Verbandsmitglieder der angeschlossenen Bundesvereine im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 13.

Sonntag, 10. April

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin, Bezirk 2. Vorm. 10 Uhr Vorstellungskunde, Reinickendorf-Ost, Hubertusstr. Vorm. 9 Uhr Ausschußsitzung.

Geschäftliches

Mode- und Sportkleidung liefert die Kleiderwerke Meyer Sohn ausgiebige Verkaufsstelle in der Chausseestr. 19-20. In dem heutigen Inserat sind sehr billige Preise enthalten. Die Firma Meyer Sohn hat in kürzester Zeit durch Vergrößerung ihrer Maßabteilung und Anfertigung neuer geschulter Kräfte eine sehr erhebliche Erweiterung ihres Kundenkreises für moderne und Sportkleidung erfahren. Der Verkauf billiger Sachen findet nach wie vor in der Morgenstunde statt.

Erwerbslosenfürsorge und Schulgeld

Die gestrige Stadtverordneten-Versammlung hatte sich mit einigen sehr wichtigen sozialen Vorlagen zu beschäftigen. Die Frage der Erwerbslosenfürsorge dürfte nunmehr endlich in ein schneller Fahrwasser kommen, so daß diesen Aermsten der Armen eine bessere Hilfe zuteil wird. Aber auch für Arbeitsmöglichkeiten will man Sorge tragen, so sind mit den Reichszuschüssen insgesamt etwa 40 Millionen Mark für Bauzuschüsse bereit gestellt, um die Wohnungsnot zu mildern und für Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Von besonderer Bedeutung waren auch die Beratungen über die Schulgeldfrage. Das Schulgeld soll nach sozialen Gesichtspunkten gestaffelt werden.

•

Zu Beginn der Sitzung wird zunächst die Vorlage betr. die Erhöhung der Bezüge der hauptamtlichen Vorsitzenden sowie der ehrenamtlichen Vorsitzenden und Beisitzer bei den Mieteinigungsämtern erledigt. Sie wird nach dem Vorschlage des Ausschusses nur bezüglich der hauptamtlichen Vorsitzenden angenommen.

Stadtv. **Zimmermann** (U. S. P.) berichtet dann namens des ständigen Ausschusses zur Durchführung der Erwerbslosenfürsorge. Der Ausschuß hat alle Anträge auf Gewährung einer einmaligen geldlichen Beihilfe an die Erwerbslosen mit 6 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Dagegen hat der Ausschuß beschlossen, der Reichs- und Staatsregierung durch seinen Unterausschuß eine Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose zu unterbreiten. Beim Reichsarbeits- und Wohlfahrtsministerium soll beantragt werden, daß dem Wohnungsamt die Befugnis gegeben wird, gewerbliche Räume, welche zwecklos belegt sind, zu gewerblichen Zwecken zu beschlagnahmen, ferner Weiterbau der Museen, sofortige Hebung der Siedlungs- und Bautätigkeit, sofortige Inangriffnahme der Arbeiten an der Nordsüdbahn (die notwendigen Mittel sollen sofort von der Staatsregierung zur Verfügung gestellt werden); alle Arbeiten, die von der Post, der Eisenbahn und anderen Behörden vergeben werden, sind möglichst in Berlin herzustellen; die an der Peripherie wohnenden Teile der Bevölkerung sind durch Inangriffnahme der dort unbenutzt liegenden Flächen der Landwirtschaft oder dem Gartenbau zuzuführen. — Von den zahlreichen, sonst vorliegenden Anträgen hat der Ausschuß nach folgendem Beschluß zur Annahme empfohlen: **Die Versammlung ersucht den Magistrat, einen Fonds zur Verfügung zu stellen, aus dem Beihilfen an Erwerbslose und die minderbemittelte Bevölkerung zur Beschaffung der Schulentlassungs- und Berufsgarderobe gezahlt werden. Diese Beihilfen dürfen nicht den Charakter einer Armenunterstützung erhalten.**

Stadtv. **Ostrowski** (Komm.) hat von vornherein nicht erwartet, daß aus den Ausschußberatungen viel herauskommen werde. Nehme die Stadtverordneten-Versammlung die kommunistischen Anträge nicht an, dann werde über sie das Strafgericht hereinbrechen. (Beifall b. d. Komm., Lachen rechts und in der Mitte.)

Stadtv. **Rosenaum** (U. S. P. D.) erklärt, daß die Anträge der K. P. D. schon durch die Ausschußberatung erledigt sind. Die U. S. P. D. steht heute noch nach wie vor hinter den Originalanträgen. Bei der Verhandlung mit dem Minister Stegerwald wurde festgestellt, daß Berlin am notleidendsten ist und deshalb besonders berücksichtigt werden soll. Durch eine starke Abnahme der landwirtschaftlichen Bebauungsflächen ist der Zuzug nach den Industrieorten besonders stark, wodurch naturgemäß das Heer der Arbeitslosen vermehrt wird. Redner wendet sich dann der produktiven Erwerbslosenunterstützung zu und ist der Ansicht, daß es möglich ist, der Regierung 120 Millionen Mark für den Bau der Nordsüdbahn abzuzwacken zu können, wodurch 9000 Arbeiter beschäftigt werden. Durch Bereitstellung von 30 Millionen Mark Staatsgeldern und 20 Millionen Mark für Wohnungsbau wird es auch möglich sein, einer großen Anzahl Arbeitsloser Arbeit zu geben. Aber auch die Arbeiten, welche von Post und Eisenbahn vergeben werden, müssen den Berliner Erwerbslosen zugute kommen. Redner schloß seine Ausführungen mit der Bitte, den Ausschußanträgen zuzustimmen.

Stadtv. **Müller-Franken** (Wirtsch. Vg.) erklärt die Zustimmung zu den Ausschußanträgen.

Stadtv. **Brolat** (S. P. D.) erklärt sich für Ausschußantrag und macht den Kommunisten den Vorwurf, daß sie die Not der Arbeitslosen nur agitatorisch ausnutzen.

Stadtv. Frau **Becker** (Dnat. Vp.): Die Unsicherheit der Arbeitsverhältnisse in Berlin infolge der kommunistischen Treibereien trage wesentlich zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit in Berlin bei. (Lärm links.)

Die kommunistischen Anträge werden gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt und der Ausschußantrag angenommen.

Ein Dringlichkeitsantrag **Lüdicke** und Genossen (Dnat.) geht dahin: Der Magistrat möge dafür Sorge tragen, daß die städtischen Arbeiter, die im März 1920 auf Veranlassung des Magistrats gearbeitet haben und die ausgesperrt und später ohne Grund entlassen worden sind, in ihre alten Stellen wieder eingesetzt werden. Die Linke widerspricht der Dringlichkeit und ruft „Streikbrecher".

Nunmehr tritt die Versammlung in die Beratung des Antrages betreffend **„Festsetzung der Schulgeldsätze für die städtischen höheren Lehranstalten und Mittelschulen für Mädchen"** ein. Genosse Weyl gibt einen Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses und empfiehlt die Annahme der Ausschußbeschlüsse, wonach das Schulgeld an die Grundsätze der sozialen Staffelung, die Schulgeldbefreiung nicht an einen bestimmten Prozentsatz gebunden ist, sondern nach dem sozialen Bedürfnis erfolgt, und weiter auf eine allgemeine Schulsteuer an Stelle der Schulgelderhebung hinzuwirken.

Stadtv. **Troll** (Dnatl. Vp.) erklärte, daß für seine Fraktion die Vorlage unannehmbar sei: Ein großer Teil der Berliner Bevölkerung würde nicht mehr in der Lage sein, die Kinder in die höhere Schule zu schicken.

Stadtv. Dr. **Tropsie** (Dt. Vp.) hält an sich eine Erhöhung des Schulgeldes für gerechtfertigt. Eine Staffelung nach sozialen Grundsätzen sei nach dem Kommunalabgabengesetz unzulässig.

Stadtv. **Goß** (Komm.) äußert als Pädagoge, abgesehen von allen finanziellen Gesichtspunkten, Bedenken gegen das Fortbestehen der höheren Schulen. Sie seien Herde nationalistischer Umtriebe. Der Unterricht müsse an sämtlichen Schulen unentgeltlich sein. Die Schulgeldeinnahmen machen nur 3 Prozent aus. Nur bei Schulfreiheit werden die Proletariermassen die höheren Schulen erobern.

Stadtv. **Galle** (Zentr.): Unser Schulwesen krankt daran, daß man es nicht vom pädagogischen Standpunkt behandelt, sondern immer vom politischen. (Lärmender Zuruf links.) Auch wir haben ein Interesse, daß die Schule für alle unentgeltlich sei.

Stadtv. Dr. **Helmke** (Dem.): Die volle Schulgeldfreiheit ist zweifellos das Ideal, welches aber zur Zeit nicht erreichbar ist. Die Erhöhungssätze, die der Magistrat vorschlägt, können wir nicht mitmachen, selbst wenn der Staat solche Sätze einführen wollte. Für eine Staffelung treten meine Freunde nicht ein, denn sie würde in erster Reihe die Beamten treffen, die von ihren Einnahmen nichts verheimlichen können, dagegen sind wir durchaus für eine Schulsteuer.

Bei der Abstimmung werden alle Abänderungsanträge abgelehnt, und die Anträge des Ausschusses gelangen zur Annahme.

Die Versammlung wendet sich nunmehr einem Dringlichkeitsantrag Merten, Bamberg, Dr. Michaelis (Dem.) zu: Nach Zeitungsmeldungen haben mit Genehmigung des Magistrats unter Fortbezug der Löhne 29 000 Arbeiter aus städtischen Anlagen und Betrieben an der Bestattung des Salt teilgenommen. Der Stadt ist dadurch ein Ausfall von einer Million Mark entstanden. Gleichzeitig ist damit eine Einschränkung des Straßenbahnverkehrs und eine Beeinträchtigung städtischer Betriebe verbunden gewesen. Wir beantragen, den Magistrat zu ersuchen: diese Vergeudung öffentlicher Mittel zu rechtfertigen.

(Als der Vorsteher die Demokraten als Antragsteller nennt, nimmt die Linke des Hauses in großer Entrüstung Kenntnis.)

Vorsteher **Dr. Weyl**: Eine ähnliche dringliche Aufforderung des Stadtv. **Lüdecke** (Dnatl. Vp.) ist bei Beginn der Sitzung an den Magistrat gerichtet worden. Der Magistrat hat erklärt, daß er die Anfrage heute nicht beantworten werde. (Stürmischer Beifall bei den U. S. P. und Komm. Hört, hört! rechts und in der Mitte.)

Der Magistrat beantragt die **Bereitstellung des Gemeindedrittels von 18 Millionen Mark** zu den aus Staatsmitteln der Stadtgemeinde Berlin zu gewährenden Baukostenübersteuerungszuschüssen für 1921, sowie eines weiteren Zuschusses von 24 Millionen Mark.

Stadtv. **Bender** (Dnatl.) hält es für dringend notwendig, diese wichtige Vorlage nicht etwa einem Ausschusse zu überweisen, sondern heute schon zu verabschieden, da Eile not tut.

Stadtv. **Weber** (Dem.) schließt sich diesem Appell an, hält aber die vom Staat der Stadt Berlin gewährten Summen für viel zu gering.

Stadtv. **Clausz** (U. S. P. D.) schließt sich dem allgemeinen Wunsch auf sofortige Annahme der Vorlage ohne Ausschußberatung an. Er weist darauf hin, wie notwendig ein schnelles Handeln gerade in dieser Frage ist. Gerade mit dem Wohnungsbau ist eine Herabminderung des Wohnungselends gegeben, aber weiter hebt sich die Tätigkeit im Baugewerbe, was eine Milderung der Arbeitslosigkeit mit sich bringt, deshalb muß hier schnell gearbeitet werden. Die Vorlage wird angenommen.

Auf Angriffe des Stadtv. **Doerr** erwidert Oberbürgermeister **Böß**: Herr Stadtv. Doerr hat mir willkürliches und unverantwortungsloses Verteilen der Dezernate vorgeworfen. Ich weise diesen Vorwurf auf das entschiedenste zurück. Ich glaube nicht, daß Herr Doerr ein Urteil darüber hat, nach welchen Gesichtspunkten ich die Dezernate verteile. (Lärmende Zwischenrufe links.)

Stadtv. **Müller** (U. S. P.) gibt namens der Unabhängigen Fraktion eine Erklärung ab, welche besagt, daß diese mit der durch den Oberbürgermeister vorgenommenen Dezernatsverteilung nicht einverstanden sein könne. Dem Gesetz ist wohl Genüge geschehen, aber unsere Auffassung ist in dieser Beziehung eine andere.

Stadtv. **Wermuth** gibt für die Rechtssozialisten die Erklärung ab, daß sie den Oberbürgermeister in der Frage der Dezernatsverteilung nur folgen können und sie ihm nach wie vor das Vertrauen schenken.

Auch der Stadtv. **v. Tyszka** (D. V.) hält die Dezernatsverteilung durch den Oberbürgermeister für berechtigt, da sich dieser von sachlichen und fachlichen Eignungen leiten läßt.

Nach Annahme einiger kleiner Vorlagen erreicht die öffentliche Sitzung um ¾10 Uhr ihr Ende. Es findet noch eine geheime Sitzung statt.

Preußische Landesversammlung

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt der Abgeordnete **Eberlein** (Kommunist) zur Geschäftsordnung, als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: **Besprechung der Polizeiaktion in Mitteldeutschland.** Der Antrag verlangt, da diese Maßnahmen im Interesse der Konterrevolution geschehen seien, daß der Landtag dem Staatsministerium schärfstes Mißtrauen aussprechen solle. Außerdem sei das Staatsministerium zu beauftragen, beim Reichspräsidenten mit allem Nachdruck auf sofortige Aufhebung des über preußische Gebiete verhängten Ausnahmezustandes hinzuwirken. Bei Begründung des kommunistischen Antrages kommt es wiederholt zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen den Kommunisten und den übrigen Parteien des Hauses. Präsident **Leinert** weist den Redner darauf hin, daß er bei Begründung dieses geschäftsordnungsmäßigen Antrages nicht auf die Sache selbst eingehen dürfe. Dem Antrag der Kommunisten wird, da Widerspruch erfolgt, nicht stattgegeben.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Der Antrag des Abgeordneten Dr. **Porsch** und Genossen (Zentrum) auf Annahme eines Gesetzes betreffend **vorläufige Wahlen zum Staatsrat in der Provinz Oberschlesien** wird ohne Besprechung in dritter Lesung angenommen. — Es folgt die Beratung der Anträge **Adolph Hoffmann** und Genossen (Komm.) auf **Einstellung der Strafverfahren** bezw. Haftentlassung der Abgeordneten **Kneth**-Frankfurt, **Scholem**, Frau **Wolfstein** und Dr. **Meyer**-Ostpreußen. Nach den Berichten der Ausschußmitglieder wird den Anträgen ohne Debatte zugestimmt. — Der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Einsetzung je eines ständigen Ausschusses für das **Landessiedlungswesen** und für das städtische Wohnungs- und Heimstättenwesen wird dem Ausschuß für das Siedlungswesen überwiesen.

Weiter wird beschlossen die Bestellung eines **ständigen Ausschusses für Beamtenangelegenheiten**, die Einsetzung eines Ausschusses von 21 Mitgliedern zur Regelung des Vergebungswesens. Ein Antrag, die Kosten für die persönlichen Ausweise zur Einreise in das besetzte Gebiet zu verbilligen, wird von sämtlichen Fraktionen angenommen.

Es folgt die erste Beratung der Anträge der Abgeordneten **Koch**-Oeynhausen und Genossen (Deutschnational) auf Annahme eines Gesetzes über die

Neuregelung der Verfassungen der evangelischen Landeskirche

der preußischen Provinzen. Bei der Beratung dieses Antrages entspinnt sich eine längere Debatte zwischen dem Abgeordneten Adolph Hoffmann (V. K. P. D.) und dem Abgeordneten **Brecht** (Wirtschaftl. Vereinigung), in der Hoffmann darauf hinweist, daß es Zeitverschwendung sei, sich um die Verfassung der einzelnen Kirchen zu kümmern. Seine Freunde seien bereit, der Kirche mehr Freiheiten zu geben, als sie selbst will, sie seien aber auch der Meinung, daß die Kirchenanhänger dann auch ihre Kirchen und ihre Geistlichen selbst bezahlen müßten. — Brecht polemisiert gegen Hoffmann und bittet, dem Antrag zuzustimmen. Nachdem unser Genosse Kleinspehn darauf hingewiesen hatte, daß wir bei früherer Gelegenheit bereits unserem ablehnenden Standpunkt Ausdruck gegeben hätten und wir der Meinung seien, daß die Beratung über diesen Punkt abgesetzt und die Angelegenheit dem Rechtsausschuß überwiesen werden müsse, wurde der dahingehende rechtssozialistische Antrag abgelehnt.

Es folgte weiter die Beratung des Antrages der Abgeordneten **Porsch** und Genossen (Zentrum) über die **Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigungen der Generalsuperintendenten** usw. und die **Erhöhung der Besoldung für katholische Geistliche** usw. Der Antrag sieht u. a. die Erhöhung der Gehälter altkatholischer Geistlicher von 48000 auf 96000 Mark pro Jahr mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1920 vor. Abgeordneter Dr. Porsch (Zentrum) begründet in längeren Ausführungen den Antrag mit der Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung. König (S. P. D.) weist darauf hin, daß seine Partei diesem Antrag nicht zustimmen könne und beantragt Beratung im Hauptausschuß. Nach kurzen Auseinandersetzungen zwischen dem Abgeordneten Koch-Oeynhausen (Deutschnat.) und Adolph Hoffmann (Komm.) beschließt das Haus die Ueberweisung an den Hauptausschuß.

Darauf wird in die Beratung des Antrages der Abgeordneten **Siering, Fries** und Genossen (S. P. D.) über den

Bau von Eisenbahnen im Sauer- und Siegerland

zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit eingetreten. Die Deutschnationalen haben dazu einen Antrag über die Einschränkung der Arbeitslosigkeit gestellt, der in Verbindung mit dem vorgenannten rechtssozialistischen Antrage beraten werden soll. Der Präsident schlägt Vertagung des Hauses vor, da der Aeltestenausschuß ohne Widerspruch, also einstimmig, beschlossen habe, die Sitzung nicht über 5 Uhr auszudehnen. Es entspinnt sich eine längere, zum Teil sehr stürmische Auseinandersetzung zwischen den Kommunisten, den bürgerlichen Parteien und den Rechtssozialisten. Die Kommunisten weisen darauf hin, daß man wohl Zeit gefunden habe, über die Erhöhung der Gehälter der Geistlichen zu debattieren, jetzt aber, da es sich um die Arbeitslosen handele, hätte man keine Zeit mehr und wolle vertagen. **Der Antrag der Kommunisten, weiter zu verhandeln, wird abgelehnt**, da eine Uebereinstimmung aller Parteien vorlag, nicht länger wie bis 5 Uhr zu tagen; auch die Kommunisten hatten im Aeltestenausschuß Widerspruch nicht geltend gemacht. Unsere Genossen waren auch für Tagung am Freitag.

Das Haus beschließt gegen die Stimmen der U. S. P. und der Kommunisten die Vertagung auf Sonnabend vormittag 11 Uhr. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung stehen u. a. die endgültige Wahl des Präsidiums und die Wahl des Ministerpräsidenten.

Organisationsstatut des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg USPD.

Die Organisation führt den Namen Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. P. D. und setzt sich zusammen aus der Stadtgemeinde Berlin, sowie den Regierungsbezirken Potsdam und Frankfurt a. O. Die Verwaltung wird einheitlich von Berlin aus geregelt. Die Bezirke werden in Distrikte geteilt. In der Stadtgemeinde Berlin sind die Distrikte in den Rahmen der Verwaltungsbezirke einzugliedern. Die Distrikte werden nach ihrem amtlichen Verwaltungsbezirk benannt. Sind mehrere Distrikte in einem Verwaltungsbezirk vorhanden, so erfolgt die nähere Bezeichnung nach Buchstaben a, b, c usw.

In der Provinz ist bei der Bildung von Distrikten auf die Landkreise Bezug zu nehmen.

Der Aufbau der Organisation

Gruppe: Die kleinste organisatorische Einheit bildet die Gruppe. In Zusammenkünften (Zahlabenden) nehmen die Mitglieder zu den politischen Tagesfragen und zu den Organisationsangelegenheiten Stellung. Sie wählen den Gruppenführer und dessen Stellvertreter. Beide sind für die Führung der Geschäfte verantwortlich.

Zum Aufbau und Ausbau der Organisation sind in den Gruppen Agitationskommissionen zu bilden.

Abteilung bzw. Ort. In der Stadtgemeinde Berlin werden mehrere Gruppen zu Abteilungen zusammengefaßt.

In der Provinz gelten die Orte als Abteilungen, jedoch können je nach den Verhältnissen mehrere zu einem gemeinsamen Ortsverein zusammengelegt werden.

Die Abteilung wählt sich nach Bedarf ihre Leitung selbst. Dieselbe besteht in der Stadtgemeinde Berlin in der Regel aus: 1 Abteilungsleiter, 1 Abteilungskassierer, 3 Beisitzern.

In den selbständigen Ortsvereinen wird dieser Vorstand noch durch 3 Revisoren verstärkt.

Distrikt. Die durch Zusammenfassung mehrerer Abteilungen bzw. Ortsorganisationen entstehenden Distrikte wählen sich zur Wahrnehmung ihrer Geschäfte in den Distriktsgeneralversammlungen ihren Vorstand. Derselbe besteht in der Regel aus: 2 Vorsitzenden, 2 Kassierern, 2 Schriftführern, 3 Revisoren (Beisitzern), je 1 Obmann der kommunalen Kommission, Agitationskommission, Bildungskommission, Frauenkommission, Kinderschutzkommission und 1 Mitglied der Preßkommission, sowie den Mitgliedern des Zentralvorstandes, die im Distrikt wohnen.

Nach Bedarf werden zu den Vorstandssitzungen auch die Abteilungsleiter hinzugezogen.

Distriktskonferenz. Jeden Monat findet mindestens eine Distriktskonferenz statt. An der Distriktskonferenz haben teilzunehmen: der Vorstand der Distrikte, die Abteilungsvorstände, die Gruppenführer, die Obleute der Distriktskommissionen, die Mitglieder des Zentralvorstandes der Distrikte, die Abgeordneten, die im Distrikt wohnen.

Verbandsorganisation. Die Stadtgemeinde Berlin bildet mit ihren 20 Verwaltungsbezirken einen einheitlichen Bezirk. Die beiden Bezirke Potsdam und Frankfurt a. O. werden nach Zweckmäßigkeit zusammengefaßt.

Der Vorstand des Bezirksverbandes besteht aus den Mitgliedern des Zentralvorstandes.

Der Zentralvorstand setzt sich zusammen aus: 2 Vorsitzenden, den Sekretären, 5 Revisoren, 1 Vertreter der Presse (Redaktion), 1 Vertreter der Geschäftsführung der „Freiheit", 1 Vertreter des Aufsichtsrates des „Freiheit"-Verlages und -Druckerei, 1 Mitglied des Parteivorstandes, 1 Mitglied der Reichstagsfraktion, 1 Mitglied der Landtagsfraktion, 3 Vertretern der Stadtverordnetenfraktion, 1 Vertreter der Fraktion des Magistrats, 2 Vertretern der Gewerkschaften, 1 Vertreter der Betriebsrätezentrale, 1 Vertreter der Konsumvereine (Berlin), 2 Vertretern der Preßkommission, 1 Vertreter der Schiedskommission, 1 Vertreter der Beamtenschaft, 1 Vertreter der Eisenbahnerräte, je 2 Vertretern der Distrikte, 5 Vertreterinnen der Frauen, 1 Vertreterin der Frauenarbeitskommission. Dem Zentralvorstand ist das Recht der Zuwahl gestattet (Erweiterung).

Geschäftsleitung. Dieselbe besteht aus: 2 Vorsitzenden, den Sekretären, 6 Beisitzern (2 vom Distrikt, 1 der Arbeitskommission, 1 der Frauenkommission, 1 der Presse (Red. der „Freiheit"), 1 Obmann der Revisoren).

Preßkommission. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung der „Freiheit" wählt die Parteiorganisation der Stadtgemeinde Berlin eine Preßkommission.

Die Einstellung und Entlassung von Redakteuren ist Sache der Preßkommission, die hierzu der Zustimmung des Aufsichtsrates und des Vorstandes der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" bedarf.

Erfolgt hierbei keine Verständigung, so ist die Angelegenheit dem Zentralvorstand der Parteiorganisation des Bezirksverbandes Berlin zu überweisen.

Die Mitglieder der Preßkommission dürfen nicht ständige Mitarbeiter der „Freiheit" sein. Gelegentliche Mitarbeit ist gestattet.

Die Preßkommission besteht aus: je 1 Mitglied der Distrikte der Stadtgemeinde Berlin. Die Wahl derselben findet in der Generalversammlung der Distrikte statt.

Die Schiedskommission besteht aus 9 Mitgliedern. Dieselbe hat alle Anträge auf Ausschluß aus der Partei zu prüfen. Der Zentralvorstand entscheidet nach Anhörung der Kommission endgültig. Jede Kommission gibt sich im Rahmen ihrer Befugnisse ihre Geschäftsordnung selbst. Die Wahlen der Vorsitzenden, Revisoren, Sekretäre und Schiedskommission erfolgen in der zu diesem Zwecke einberufenen Generalversammlung des Bezirksverbandes. Alle Funktionäre werden auf jederzeitigen Widerruf gewählt.

Generalversammlungen werden vom Zentralvorstand oder auf Antrag von einem Fünftel der angeschlossenen Distrikte einberufen. Anträge zu ordentlichen Verbandsgeneralversammlungen müssen 4 Wochen vorher der Geschäftsleitung des Bezirksverbandes eingereicht werden. Der Verbandsvorstand hat alle eingelaufenen Anträge nebst der Tagesordnung 3 Wochen vor der ordentlichen Verbandsgeneralversammlung den Distrikten mitzuteilen. In der Verbandsgeneralversammlung haben Sitz und Stimme:

die Delegierten der Distrikte. Auf jeden Distrikt entfallen gemäß seiner Mitgliederzahl soviel Mandate, daß die Gesamtzahl der Delegierten 600 nicht übersteigt.

Mit beratender Stimme nehmen teil: der Zentralvorstand, die Mitglieder der zentralen Kommission, die Mitglieder des Reichs- und Landtages, die in Berlin und in der Provinz Brandenburg gewählt sind.

Das Geschäftsjahr läuft vom 1. April bis 31. März. Halbjährlich findet eine Generalversammlung statt. Am Schluß des Geschäftsjahres findet eine Generalversammlung mit Erstattung des Jahresberichtes und Neuwahl der Vorsitzenden, Revisoren und Sekretäre statt.

Kassenverhältnisse. Der Mindestbeitrag beträgt: für weibliche Mitglieder pro Monat 1.— Mark, für männliche Mitglieder pro Monat 2.— Mark. Der Beitrag für die Stadtgemeinde Berlin für männliche Mitglieder beträgt pro Monat 3.— Mark, alsdann Selbsteinschätzung eines jeden Mitgliedes, wieviel es pro Monat zahlen will oder kann. Eintritt 1.— Mark, wofür jedem neueintretenden Mitglied das Aktionsprogramm ausgehändigt wird.

Von den der Bezirksverbandskasse entnommenen Beitragsmarken verbleiben 15 Prozent den Distriktskassen der Stadtgemeinde Berlin (20 Verwaltungsbezirke). Den ländlichen Distrikten

stehen 30 Prozent zur Verfügung. Von den 30 Prozent müssen dem Distriktskassierer mindestens 5 Prozent zur Agitation überwiesen werden. Die Abrechnung erfolgt monatlich.

Kassenprüfung. Die Revisoren haben die Pflicht, die Kasse mindestens einmal vierteljährlich zu prüfen. Nach Schluß des Geschäftsjahres findet eine Generalprüfung statt. Den Revisoren steht das Recht zu, jederzeit Einsicht in die Kassenbücher zu nehmen.

Publikationsorgane der Provinzorganisation sind: die „Freiheit", die „Kämpferin", der „Landbote", die „Sozialistische Gemeinde", das „Mitteilungsblatt", „Freier Volkswille" Cottbus, die „Freiheit" Regierungsbezirk Potsdam.

Aufforderung zum Mord

Lebius zu tausend Mark Geldstrafe verurteilt

Vor der zwölften Strafkammer des Landgerichts I wurde am gestrigen Donnerstag unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hirschfeld gegen den Hauptschriftleiter der „Staatsbürger-Zeitung" Rudolf Lebius verhandelt wegen Vergehens gegen §§ 110, 111 St. G. B. und § 20 des Pressegesetzes. Die Anklage wurde vom Staatsanwaltschaftsrat Hauptvogel vertreten, während die Verteidigung des Angeklagten Rechtsanwalt Bahn übernommen hatte. Der Angeklagte Lebius hatte im Januar und Februar dieses Jahres in zwei Nummern der „Staatsbürger-Zeitung" dazu aufgefordert, **führende Mitglieder des Bundes „Neues Vaterland" niederzuschießen**, da er diese Personen als politische Schädlinge kennzeichnen zu müssen glaubte. In der gestrigen Verhandlung lehnte der Angeklagte zunächst diejenigen Mitglieder des Gerichtes ab, die jüdischer Abstammung seien. Das Gericht stellte nach kurzer Beratung fest, daß nur ein Beisitzer der Kammer jüdischen Glaubens sei, daß aber auch dieser Herr sich nicht für befangen erklärte. Rechtsanwalt Bahn gab offiziell die Erklärung ab, daß er diesem Antrag seines Klienten durchaus nicht beizustimmen vermöge, da er weder Antisemit sei, noch weil in diesem Prozeß, der einen rein politischen Charakter habe, die Judenfrage auch nur die geringste Rolle spiele.

Dann wurden die beiden von Lebius verfaßten Artikel verlesen, auf die sich die Anklage gründet und in denen Lebius bei Besprechung außenpolitischer Fragen die Leser der „Staatsbürger-Zeitung" auffordert, Vaterlandsverräter, wie Professor Förster, Professor Einstein, Herrn von Gerlach, niederzuschießen. In dem ersten Artikel heißt es wörtlich: „Es würde eine Wohltat sein, wenn sich jemand fände, der diese Banditen niederschösse." In dem zweiten Artikel heißt es: „Das Lebensinteresse des deutschen Volkes erheischt es, daß Vaterlandsverräter, wie die Gekennzeichneten, **niedergeschossen werden. Ich rufe deshalb erneut meine Mitbürger auf, diese Halunken niederzuschießen, wo sich dazu Gelegenheit findet.**"

Bei seiner Vernehmung produzierte sich der Angeklagte als verleumderischer Hanswurst, den niemand ernst nimmt. So behauptete er u. a., daß **die U. S. P. D. mit französischem Gelde unterhalten werde. Die Unabhängige Partei habe eine Million Mark für den „Simplizissimus" geboten und die vier Millionen, die sie für ihr Grundstück in der Breiten Straße gezahlt habe, stammen von der französischen Regierung.** Aehnliche Beschuldigungen richtet er gegen den Bund „Neues Vaterland". Der unmittelbare Anlaß zu seiner Aufforderung zum Mord sei die Tatsache gewesen, daß Herr Lehmann-Rußbüldt vom Bund „Neues Vaterland" mit dem Berliner Vertreter des „Matin", Herrn Gentil, sowie mit dem englischen General Malcolm über die deutsche Entwaffnung verhandelt habe.

Otto Lehmann-Rußbüldt, der als Zeuge vernommen wurde, bestätigte im allgemeinen die Behauptung des Angeklagten. Er habe aber dabei durchaus deutsche Interessen im Auge gehabt. Er wollte der Gegenseite beweisen, daß in Deutschland nicht nur die alldeutsche Meinung herrsche.

Damit wurde die Beweisaufnahme geschlossen und Staatsanwalt Hauptvogel nahm das Wort zu seinem Plädoyer. Der Angeklagte habe ohne Zweifel sich eines Vergehens gegen die §§ 110 und 111 St. G. B. und § 20 des Pressegesetzes schuldig gemacht. **Man könne dem Angeklagten wohl glauben, daß er nach seinem Empfinden aus putativer Notwehr gehandelt habe, da die Behörden gegen den Bund „Neues Vaterland" nicht eingeschritten seien.** (Wo und wann hätte ein Staatsanwalt je soviel Verständnis für die Handlungsweise eines sozialistischen Redakteurs aufgebracht?) Wohl habe die Presse die Aufgabe, öffentliche Mißstände zu rügen, aber soweit, wie der Angeklagte es getan habe, dürfe kein Journalist gehen. Auch Notwehr müsse sich in den zulässigen Grenzen bewegen. In Deutschland werde schon leider viel zu viel geschossen, es sei durchaus nicht nötig, daß man auch öffentlich zu solchen Taten auffordere. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 500 Mark. — Nach langer Beratung verkündigte Landgerichtsdirektor **Hirschfeld** dann das **Urteil: Der Angeklagte wird wegen Vergehen gegen §§ 110, 111 St. G. B. zu tausend Mark Geldstrafe verurteilt.** In der Begründung wurde ausgeführt, daß das Gericht dem Angeklagten putative Notwehr nicht glauben könne. Es sei ihm zweifellos nur darauf angekommen, von seinem politischen Standpunkt den nationalen Interessen zu dienen. Dagegen sei das Gericht der Ansicht, daß der Angeklagte im Affekt gehandelt habe und eine vaterländische Pflicht zu erfüllen glaubte.

Nochmals Hiller-Prozeß

Die Schandtaten des Oberleutnants Hiller, der nicht nur für den Tod des Soldaten Helmhake verantwortlich ist, sondern sich auch in zahlreichen anderen Fällen als der typisch gewissenlose und brutale Bursche in Offiziersuniform gezeigt hat, werden nun nochmals, und zwar zum sechstenmal, das Gericht beschäftigen. Bekanntlich ist Hiller kürzlich dafür, daß er den Soldaten Helmhake in den Karpathen zu Tode gequält hat, zu der lächerlich geringen Strafe von sechs Monaten Festungshaft verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hat nun der Staatsanwalt Revision angemeldet. Das gleiche hat übrigens der Verteidiger Hillers getan.

Aus der Wirtschaft

Fette Dividenden

Die industriellen Unternehmungen haben fast ausnahmslos im verflossenen Jahr dank ihrer gewaltigen Preissteigerungen außergewöhnlich große Gewinne erzielt. Trotzdem tagt der Abschluß der Thüringer Wollgarnspinnerei A.-G. in Leipzig noch weit über das Maß hinaus, das die übrigen Gesellschaften erreicht haben. Der bilanzmäßige Reingewinn dieser Gesellschaft beträgt 11 719 635 M., die Rückstellung aus Erneuerungsgründen 6 Millionen; für die Stärkung der Reserven sind zurückgelegt 1 550 500 M., dem außerordentlichen Reservefonds sind 3 Millionen zugeführt werden. Das ergibt einen eigentlichen Gewinn von 22 270 355 Mark. Da die Gesellschaft aber nur ein Aktienkapital von 6 Millionen Mark hat, so entsprechen 22 Millionen Mark Ueberschuß einem Reingewinn von 370 Prozent.

Auch die Aktiengesellschaft für Chemische Industrie Gelsenkirchen-Schalke hat einen für ihre Aktionäre außerordentlichen günstigen Abschluß zu verzeichnen. Sie schlägt deshalb eine Dividende von 25 Prozent und eine Vergütung von 500 M. für die Aktie zu 1000 M., zusammen also 75 Prozent, vor.

Je größer die Not der Massen ist, desto besser ergeht es den nichtstuenden Dividendenschluckern.

Goldwäscherei „Synalco"

Die A.-G. Synalco in Detmold betreibt die Herstellung eines alkoholfreien Getränkes. Würde man freilich von ihren Gewinnen auf den Produktionszweig schließen, so könnte man zu der Ueberzeugung gelangen, daß die Firma eine sehr lukrative Goldwäscherei betreibt, denn bei einem Aktienkapital von 1 250 000 M. hat die A.-G. Synalco einen Reingewinn von nicht weniger als 3 500 000 M. erzielt. Sie hat also in einem Jahr das Aktienkapital verdreifacht. So plastisch tritt diese Verdreifachung freilich in dem von der Gesellschaft vorgelegten Rechnungsabschluß nicht in Erscheinung, denn die Firma hat ihre Millionengewinne in den „Stillen Reserven" einen bergenden Unterschlupf bereitet und nach außen hin ihr Segensjahr nur durch die Ausschüttung einer Dividende von 30 Prozent verschleiert erkennbar werden lassen. Aber ein Aktionär war auf der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung dreist genug, auf dieses Versteckspiel hinzuweisen. Er wurde dann belehrt, daß in den „Stillen Reserven" die Gewinne ja nicht verloren gehen. Sicher werden diese den Aktionären demnächst in Form besonderer Bezugsrechte zugänglich gemacht.

Rückgang der oberschlesischen Kohlenproduktion im März

Infolge der politischen Wirren ist die oberschlesische Kohlenproduktion im Monat März hinter der der Monate vorher erheblich zurückgeblieben. Sie belief sich laut „Industrie-Kurier" an 25 Arbeitstagen auf 2 606 072 Tonnen, gegenüber der des Februar mit 28 Arbeitstagen von 2 811 904 Tonnen. Die durchschnittliche Tagesleistung ging auf 107 843 Tonnen zurück (Februar 122 257 Tonnen). Mit der Hauptbahn wurden 1 700 047 Tonnen versandt, wovon ins Ausland 608 079 Tonnen gingen. Der Auslandsversand nach Polen und nach Deutsch-Oesterreich hat beträchtlich zugenommen. Nach Polen gingen 303 315 Tonnen (Februar 264 804 Tonnen), nach Deutsch-Oesterreich 202 215 Tonnen (170 865). Dagegen wurden nach der Tschechoslowakei nur 55 270 Tonnen (Februar 137 247) ausgeführt. Es gingen ferner: nach Italien 100 160 Tonnen, Ungarn 26 005 Tonnen, Danzig 7732 Tonnen und ins Memelgebiet 2262 Tonnen. Die Wagengestellung war vollkommen regelmäßig, so daß alle 190 997 angeforderten Wagen von der Eisenbahnverwaltung gestellt wurden.

Arbeitersport

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Edelweiß". Touren für Sonntag, den 16. April. 1. Abteilung: nach Birkenwerder (Japan), Start 1 Uhr Bülowstr. 56. — 2. Abteilung: durch den Krämer, Endziel Friesdorf; nachmittags nach Papenberge, Start 1 Uhr Gontard-, Ecke Blücherstraße. — 3. Abteilung: Obstblüte nach Rauensche Berge, Start 5 Uhr; nachmittags nach Hirschgarten (Müllershof), Start 1 Uhr Hauptmann Platz. — 4. Abteilung: Kalkberge, Start 7 Uhr; nachmittags Rosenheimer Mühle, Start 1 Uhr. — 5. Abteilung: Wollenberger Schleife, Start 7 Uhr; nachmittags nach Rahnsdorfer Mühle, Start 1 Uhr Romtreiplatz. — 6. Abteilung: Oberbarnimer Kalkberge (Zur Linde), Start 7 Uhr; nachmittags nach Schönfelde (Mann), Start 12½ Uhr Kopenhagener Str. 26. — 7. Abteilung: Obstblüte nach Köritzstraße, Start 8 Uhr; nachmittags nach Rudow (Lindenwirtin), Start 12 Uhr Schul-, Ecke Prinz-Eugen-Straße. — 8. Abteilung: Wannsee (Fürstenhof), Start 12 Uhr. — 9. Abteilung: Grünau (Fallenberg), Start 1 Uhr Regenbogenstr. 22. — 12. Abteilung: Motorfahrer nach Strausberg (Kottbüßchen), Start 1 Uhr am Bahnhof Frankfurter Allee. — Ortsgruppe Charlottenburg: nach Weißensee, Start 12 Uhr. — Freitag, den 8. April, abends, Generalversammlung bei Birnbaum, Galenstraße. Wichtige Tagesordnung. — Ortsgruppe Reinickendorf: nach Schönwalde (Kloster), Start 12½ Uhr. — Ortsgruppe Marienfelde: nach Rüdersdorfer Kalkbergen, Start 8 Uhr. — Ortsgruppe Lichtenberg: nach Werder (Baumblüte), Höhne, Start 6 Uhr; nachmittags nach Wannsee (Fürstenhof), Start 12 Uhr „Neue Welt". — Ortsgruppe Marienfelde-Tempelhof: Sonntag, den 17. April, nachmittags 3 Uhr, in den Gesellschaftsräumen des Städtischen Gesellschaftshauses, Marienfelder Chaussee 255, Sonderfahrtfest. Wertungsfahren der Mannschaften vom 2. Bezirk, Radballspiele um die Bezirksmeisterschaft. Heute, Freitag, abends 7 Uhr, Bezirksversammlung der Ortsgruppe Berlin bei Büttner, Schwedter Str. 24-26.

Freie Hockey-Vereinigung. Serienspiele am Sonntag, den 16. April. Klasse A: Spielplatz Schönhauser Allee: Lichtenberg 1 — Fichte 3, 2½—4 Uhr (Wilmersdorf); Fichte 12, 1 — Wilmersdorf, 4—5½ Uhr (Fichte 10); Spielplatz Lichtenberg, Normannenstraße: Borussia — Südpfahl, 10½—12 Uhr (Lichtenberg). — Klasse B: Spielplatz Schönhauser Allee: Fichte 12, 2 — Fichte 1, 2, 9—10½ Uhr (Lichtenberg); Moabit — Fichte 10, 2, 10½—12 Uhr (Fichte 1).

Arbeiter-Wander-Verein „Berlin". Sonntag, den 16. April, Wintertour Werder—Ferch—Potsdam; Abf. 6.30 Uhr Potsdamer Hauptbahnh., ab Schlesischer Bahnh. 5.56 Uhr. (Potsdam umsteigen!) Gäste willkommen.

Soeben erschien:

Agrarfrage und Sozialismus

Von Alexander Stein

Preis 2.50 Mark.

Organisationen Preisermäßigung.

Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2

Nur sehr kurze Zeit! Turmstraße 19

Der Ausverkauf des Riesenlagers einer der größten Hamburg-Berliner Exportgesellschaften in Textil-, Hausstands- u. Lederwaren usw. — laut Anmeldung beim zuständigen Polizeirevier — wird alles mit Verlust von 30 bis 80 Prozent abgestoßen

Auszüge aus der Preisliste:

Herren-Sakko-Anzüge, Ia Verarbeitung, keine sogenannten Entlassungsanzüge, aus Wollstoff	Mk. 225.00
Reinseidene Damenjacken, hübsche Farben	„ 170.00
Damen-Strümpfe, reine Schappseide, auch Verstärkungs-Seide	„ 45.00
Damen-Stickhandschuhe per Paar	„ 2.00
Damen-Trikothandschuhe	„ 12.50
Herren- „	„ 13.50
Elektrische Diskuslighteisen, Friedensqualität, Ia Ware, 1 Jahr Fabrikgarantie, einschl. 2 Meter Kupferleitung	„ 32.50
Kompotteller-Glas, 14 cm Mk. 1.—, 13 cm	„ —.85
Rein Aluminium Kaffeelöffel, Ia Ware	„ —.50
„ „ Bestecke (Messer und Gabel) per Paar	„ 5.75
Weckuhren, kein Eisenwerk	„ 28.00
Rasierapparate	„ 4.00
Ia Feldstecher, 6fache Vergrößerung, in elegantem Lederetui, vorzügliche Optik	„ 455.00

Fernrohre beispiellos billig, Lederwaren, unecht. Schmuck, Grammophone

Vergleichen Sie Qualitäten und Preise mit ganz Berlin

Turmstraße 19 Der weiteste Weg lohnt!

Genossen werbt Abonnenten für die „Freiheit"

Betriebsräte · Gewerkschaften · Arbeiterräte

Arbeiterstiefel

gut durchrepariert, neu besohlt

Schnürschuhe Paar M. 35.—

Schaftstiefel Paar M. 55.—

zu haben

Eislebener Straße 11, Laden 4

Ecke Renkestraße * Nähe Bahnhof Zoo

Soeben erschienen! Soeben erschienen!

Artur Crispien

Ueberflüssige Menschen

Preis 3.— Mark

Buchhandlg. „Freiheit"

Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Der beste Schuhputz ist Urbin

Millionenfach verbraucht man ihn

In Dosen überall erhältlich.

Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Mode und Sportkleidung

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, die nach den neuesten Modellen verfertigt sind

Paletots marengo und farbig, modern verarbeitet . . . . . M. 950, 800, 750, 580, 490

Sportpaletots aus Covercoat, in verschiedener Ausführung; mit Kapuzen oder Blendenbesatz . . . . . M. 1000, 900, 750, 550

Schlüpfer und Raglans in englischen Mustern, mit hochgestellten Kragen, kurz gehalten, ohne Gurt M. 1000, 950, 800, 725, 550

Gummimäntel in guter Qualität, glatt, gekippert, Covercoat oder Double, in mannigfaltigen Ausführungen . . . . . M. 750, 600, 530, 450, 375, 325

Wettermäntel Bonner Form, aus wasserdichtem Strichloden M. 320, 300, 250, 170

Pelerinen aus grauem und grünem Stri chloden, weit geschnitten, sehr preiswert M. 350, 290

Anzüge, Serie I außergewöhnl. Leistung. In all. modern. Fassons, vielen Mustern u. Farbenstell.; i. allen Herrengrößen, auch schlank u. unterersetzt verr. M. 690

Anzüge, Serie II aus sehr gutem Stoff, ganz modern auf Taille und mit Hakenschluß gearbeitet . . . . . M. 780

Anzüge, Serie III aus blauem verzüglichen Kammgarn . . . . . M. 825

Anzüge, Serie IV außergewöhnlich schöne helle Muster, sehr gute Qualität . . . M. 930

Sport-Anzüge mit Breeches oder Pumphose aus sehr guten Stoffen, nach den neuesten Fassons gearbeitet . . . . . M. 850, 725, 600, 500

Knaben- und Jünglings-Anzüge in allen Preislagen und verschieden n Fassons vorrätig.

Anfertigung nach Maß; eleganter Sitz, erstklassige Verarbeitung! Stoffverkauf an Schneider und Private.

Nur eine Verkaufsstelle

Baer Sohn

Keine Filialen mehr

In der Morgenstunde Verkauf billiger Sachen

Nur Chausseestrasse 29-30 Nur

In der Morgenstunde Verkauf billiger Sachen